

## ■ Vor der Oberbürgermeisterwahl

Mit kritischer Sicht bilanziert Stadtrat Dr. Volker Külow OBM Tiefensees Kulturpolitik, Stadtrat Rüdiger Ullrich die Entwicklung der Sportstadt Leipzig **Seiten 3–4**

## ■ Ja zu Europa, Nein zur Verfassung

Gesine Lötzschs Rede im Bundestag dokumentiert. In puncto Soziales und Rüstung bleibt das Dokument hinter den Erwartungen zurück **Seite 8**

## ■ Daniela Dahn im LN-Interview

„Wenn die Demokratie nicht die Wirtschaft erfasst, ist sie keine.“ – Überwindung der Profitmaximierung geht nicht ohne Eingriff in die Verfügungsrechte der Eigentümer. **Seite 9**

# KUCKUCK



Marc Ranstetter 2005

Vorsicht vor faulen Eiern!

## Was macht Schröder mit Hundts faulen Eiern?

Arbeitgeberpräsident Hundt hat unmittelbar vor dem „Job-Gipfel“ von Regierungskoalition und Union erneut in seiner apodiktischen Art demonstriert, wer in Deutschland die Wegmarken setzt. Senkung der Unternehmenssteuern, weiterer Lohn- und Sozialabbau, konkret: Rentensenkung, sind die Pflöcke, die er eingeschlagen hat. Jetzt ist es an den Regierenden, diese faulen Eier öffentlichkeitsverträglich zu verbraten. Während Merkel, Stoiber und auch Milbradt mit seinem Acht-Punkte-Programm da keine großen Schwierigkeiten sehen, wollen SPD und Grüne sachter zu Werke gehen, damit der bereits erlittene Image-Schaden nicht noch weiter überschäumt.

Aber welche Taktik sie bei der Umsetzung des Unternehmerwillens auch wählen werden – die Frage stellt sich, ob sowohl Steuersenkungen als auch die fortgesetzten sozialen Einschnitte tatsächlich einen wirtschaftlichen Aufschwung bewirken können. Und wenn sie es könnten, ist noch längst nicht heraus, dass Wirtschaftswachstum wirklich neue Arbeitsplätze bringt – Gegenteiliges ist nachweisbar.

Wer die Geschichte der Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik kennt – setzen wir ihren Beginn mit 1975 an, als die Anzahl der Erwerbslosen die Millionengrenze überschritt –, weiß, wohin der Hase läuft: Oft genug gab es Vergünstigungen für Unternehmen und oft genug, besonders in den letzten Jahren, gab es Restriktionen im sozialen Bereich. Aber die Arbeitslosigkeit stieg und stieg und stieg, bestensfalls durch unscheinbare und kurzzeitige Abschwächungen unterbrochen. Was in dieser Zeit aber außerdem gestiegen ist, sind die Unternehmensgewinne. Horrende Managergehälter sind nur ein bescheidener Abklatsch dessen, was die Kapitaleigner in dieser Zeit eingestrichen haben.

Widerspricht es auch jeder ökonomischen Logik, mit Kaufkrafteinschränkungen den Binnenmarkt beleben zu wollen, lassen die Wirtschaftsmagnaten davon nicht ab, denn gerade die Krise der Gesellschaft ist ihr einträglichstes Geschäft. Es sich zu erhalten ist Ziel ihres gegenwärtigen Regulierungstrebens. • GÜNTER LIPPOLD

## Köhlers Botschaft

Der Bundespräsident hat eine bemerkenswerte Rede gehalten – zwischen Hundts Kanzelrede und Kanzlers Treffen mit der Union bzw. der Regierungserklärung –, bewunderungswürdig in ihrer Art: ein bisschen „zum Fenster hinaus“, was wohlklingende Redensarten wie „Vorfahrt für Arbeit“ betraf, wobei er allerdings das Wort soziale Gerechtigkeit nicht in den Mund nahm, vor allem aber klar verständlich für die Ohren von Wirtschaftsbossen und CDU-Prominenz: Senkung der Unternehmenssteuer, Abkopplung der Kosten sozialer Sicherung vom Arbeitsverhältnis. Die Agenda 2010 sei gut, reiche aber nicht aus. Anerkennenswert sei die Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften, dieser Weg müsse aber fortgesetzt werden. Und was meint er – nach Hartz IV – mit den zu ändernden Regeln auf dem Arbeitsmarkt?

Man merkte sofort, hier spricht einer, der sich auskennt in der Welt des großen Kapitals, der ehemalige Generaldirektor des Internationalen Währungsfonds, der sich schon auf internationalem Parkett bewährt hat als Mann des harten finanziellen Schnitts und gleichzeitiger versöhnlicher Töne. Das hat er auch bei seinem jüngsten Auftritt gekonnt. Unternehmerpräsident Hundt hatte ihn eingeladen und hat allen Grund, ihm zu danken, denn er war ganz **Anwalt des Großkapitals.**

• GÜNTER LIPPOLD

## Dividenden-Boom

Nicht nur kleine Unternehmen und Handwerk, die vielfach manchen Grund hätten, klagen über die Wirtschaftspolitik der Regierung, sondern auch und vor allem die Repräsentanten der großen Konzerne. Besonders die angeblich zu hohen Abgaben und Steuern seien die Ursache für die langandauernde wirtschaftliche Schwäche, hinderten sie an wachstums- und arbeitsplatzfördernden Investitionen. Nun werden gerade zu dieser Jahreszeit die Bilanzen der Firmen und Banken für 2004 vorgelegt und die Gewinne verteilt – und die strafen die Großunternehmer eklatant der Lüge und der Heuchelei. Kaum ein Tag vergeht ohne stolze Erfolgsmeldungen, ohne Rekordgewinnzuwachs gegenüber dem Vorjahr. Nicht selten liegt der Zugewinn im zweistelligen Bereich. Einer hat ausgerechnet, dass der bekannt gewordene Mehrgewinn ausreichen würde, um den 5 Millionen Arbeitslosen 35000 Euro im Jahr zu zahlen. Die Wirklichkeit aber ist umgekehrt: Arbeiter, Arbeitslose und Rentner bezahlen die Gewinne und Gewinnsteigerungen, die sich in den Dividenden niederschlagen. Doch darüber spricht weder ein Hundt noch ein Köhler noch ein Schröder, diese Fakten werden in den forcierten Debatten und den Entscheidungen über wirtschafts- und sozialpolitische Neuausrichtungen geflissentlich ignoriert.

• KURT RECHT

## Bürokratie und Baustopp

In der kapitalistischen Marktwirtschaft rühmt man sich, auf gesamtstaatliche Planungen weitestgehend verzichten zu können und zugleich im Unternehmen oder in der Kommune um so perfekter das Geschehen zu projektieren. Das dies hinten und vorn nicht stimmt, zeigen nicht nur die großen gesellschaftlichen Konflikte im Land und den Landesteilen, sondern zunehmend auch Desaster im kommunalen Bereich. Binnen kurzem und nicht zum ersten Male verzeichnen wir jetzt in Leipzig gravierende Fälle von notwendigem Baustopp: zuerst in der Jahn-Allee wegen unrechtmäßiger Baumfällungen und dann in der Prager Straße wegen faktischem Übergehen des Stadtrats und Vergebefehlern. Das liegt durchaus nicht an planungstechnischen Unfertigkeiten und Versähen, sondern an der Geringschätzung der Interessen des Bürgers, seiner Vereinigungen, seiner Abgeordneten und auch von Firmen. Es ist eben keine Bürger-, sondern eine Bürokratenkommune.

• P.

## Rabulistik

Die Überschrift einer LVZ-Nachricht (10. März, Seite 1) verkündet verheißungsvoll: „Flath will keine Lehrer kündigen“ und auf Seite 4 nochmals: „Flath: ‚Wir wollen niemandem kündigen‘“. Im Text aber liest es sich so, und darüber lässt der Minister keinen Zweifel: „Sollten sich allerdings die Gewerkschaften Tarifverhandlungen verweigern, werde es Änderungskündigungen für Mittelschul- und Gymnasiallehrer geben.“ (Siehe auch S. 6)

• G. L.

# Militär-Flughafen Leipzig-Halle?

LN. Der Flughafen in Schkeuditz droht eine logistische Basis der NATO zu werden. Eine hier ansässige russische Firma hat den Bieter-Wettbewerb gewonnen und verhandelt nun mit der NATO. Sie soll bei Bedarf Truppen und Gerät in Krisengebiete fliegen. Der PDS-Landtagsabgeordnete und Leipziger Stadtrat Dr. Volker Külöw lehnte die geplante Einbeziehung Leipzigs in die Logistik künftiger Kriege entschieden ab und forderte Leipzigs Oberbürgermeister Tiefensee auf, durch seinen politischen Einfluss diese „fatale Standortentscheidung“ zu verhindern.

Zur Nachricht, dass der Flughafen Leipzig-Halle als Transportbasis für NATO-Einsätze genutzt werden soll, erklärte die ökologische Plattform der PDS

Sachsens „ADELE“ durch ihren Sprecher Michael-Alexander Lauter:

1. Offensichtlich sollen in Deutschland zivile Objekte militärisch missbraucht werden. Erst überdimensionierter Ausbau des Flughafens, dann die Suche nach Nutzern, damit das Ganze am Ende noch wirtschaftlich wird. Die NATO als Auftraggeber kommt da wohl gerade zur rechten Zeit. Damit entsteht die perfide Logik: Je mehr Krisengebiete, je mehr NATO Einsätze dorthin, desto besser geht es dem Leipzig-Hallenser Flughafen. Wir sagen NEIN zu dieser Kriegsgewinnler-Logik!

2. Der Ausbau des Flughafens und die Ansiedlung des DHL bringt jetzt schon für die Menschen in den umliegenden Orten

eine wesentliche Verschlechterung an Lebensqualität. Nun sollen mit der Krachmaschine Antonow weitere Belastungen hinzukommen. Davon ist aber im Planfeststellungsverfahren nichts erwähnt worden. Nicht nur die Bürgerinnen und Bürger wurden so genarrt, auch die Planfeststellungsbehörde und die Träger öffentlicher Belange wurden getäuscht. Deshalb fordern wir eine erneute Prüfung des Verfahrens unter stärkerer Beteiligung der Bevölkerung.

3. Wer auf eine militärische Nutzung des Flughafens setzt, setzt die Bevölkerung eines der dichtest besiedelten Gebiete Deutschlands einem weiteren Risiko aus: Nach dem Verlust von Lebensqualität nun auch die Angst vor Terrorangriffen. Deshalb: Stoppt diesen Unfug.

## Täve Schur über „Wasserholer“ Winkler:

LN. Täve Schur und sein Manager im Bundestagswahlkampf 1998, Dr. Volker Külöw, verwarren sich gegen Ausfälle des sächsischen Staatskanzleichefs Winkler, der eine Äußerung des NPD-Vorsitzenden Voigt und angebliche Worte Schurs gleichgesetzt hatte. Külöw stellte fest, Winkler habe mit der Montage zweier Zitate auf infame Weise die PDS und die NPD als gleichermaßen extremistische Parteien charakterisiert. Winkler sieht keinen „wesentlichen Unterschied“ zwischen Voigts Bekenntnis, Hitler sei „ein großer Staatsmann gewesen“, und der Äußerung Schurs, die in einer Dresdner Zeitung verfälscht wiedergegeben und trotz Aufforderung nicht berichtigt wurde.

„Ich kann mir zwar kaum vorstellen“, schreibt Schur in einem offenen Brief an Ministerpräsident Milbradt, „dass sie sich für meine körperliche Verfassung interessieren, dennoch teile ich Ihnen mit, dass ich noch einen ziemlich soliden Spurt absolvieren kann. Diese Mitteilung er-

## Ohne Luft in den Reifen

scheint mir wichtig, weil, um im Radsportjargon zu bleiben, Ihr ‚Wasserholer‘ in der Regierungsmannschaft bei der Landtagsdebatte am Freitag auf die Idee kam, mich, meinen Namen und mein immer noch vorhandenes Ansehen zu missbrauchen, um ohne Luft in den Reifen eine Attacke gegen die Nazis zu fahren. Wer mich kennt, weiß, dass ich durchaus Spaß verstehe, aber dieser ‚Wasserholer‘ Winkler scheint ein wenig den Überblick verloren zu haben ... Er hat sich von einem seiner ‚Wasserholer‘ ein Schur-Zitat holen lassen, dass keines ist. Und er glaubte mit diesem Zitat im Parlament mich und den NPD-Bundesvorsitzenden Voigt in eine Mannschaft zu zwingen. Ich bin Bürger der Bundesrepublik Deutschland, und für mich gilt – auch wenn ich früher für die DDR gestartet bin – das Grundgesetz, in dem auch der Satz steht: ‚Die Würde des Menschen ist unantastbar.‘ Diesen Grundsatz hat ‚Wasserholer‘ Winkler verletzt, und es

wäre höchste Zeit, dass er wegen dieser üblen Unfairness zur Verantwortung gezogen wird. Unterstellt wird mir, ich hätte irgendwann irgendwo Hitler und seine Autobahn gerühmt. Es trifft zu, dass mir Journalisten mein Leben lang hinterher reisten, um mich zu einem Wort gegen die DDR ... zu bewegen. Dass irgendein Journalist im Wahlkampf 1998 behauptete, ich hätte mich zur Autobahn geäußert, wird immer mal wieder behauptet. Niemand hat auch nur eine Spur des Beweises dafür. Das glaubte ‚Wasserholer‘ Winkler nutzen zu können. Lassen Sie ihn wissen, dass es ein misslungener Ausreißversuch war. Ich bin für energischen Kampf gegen die NPD, gegen organisierte und nicht organisierte Nazis. Der Faschismus hat genügend Unheil angerichtet, und in wenigen Wochen werden wir der Millionen Menschen gedenken, die in dem von ihm entfesselten Zweiten Weltkrieg ihr Leben verloren. Wir sollten es gemeinsam tun ...“

„Während des Krieges war Mölders an den unterschiedlichsten Frontabschnitten eingesetzt und in sehr jungen Jahren schon hoch dekoriert. Mit 28 Jahren übernahm Mölders die Aufgaben des Generals der Jagdflieger und damit Verantwortung für die Ausbildung und Einsatzvorbereitung der deutschen Jagdgeschwader an allen Fronten. Werner Mölders ... verkörpert das Vorbild des tapferen, ritterlichen und anständigen Soldaten.“

Das schrieb mir ein Herr Hoffmann vom Bundesministerium der Verteidigung, Führungsstab der Marine, am 23. 12. 1997. Es war die wichtigste Aussage in der Antwort auf meine Anfrage, ob der Bundesmarine-Lenkwaffenzerstörer Mölders nach dem Naziidol benannt ist, der mir in meiner Jugend als „tapferer Sol-

## Leserbrief

### Die Vorbilder

dat des Führers, Vorbild der Jugend und Held der Nation“ nahegebracht wurde.

„Neues Deutschland“ hat sich jetzt wieder mit Mölders beschäftigt. Anlass ist eine Anordnung von Minister Struck, einer Kaserne und einem Jagdgeschwader den Namen Mölders zu entziehen. Von dem Zerstörer ist keine Rede. Nun ist das Wehklagen bei der Bundeswehr, bei Mitgliedern der etablierten Parteien, Kommunalpolitikern und örtlichen Presseorganen im Umfeld der Mölders-Objekte sowie bei den Traditionsverbänden groß. Sie alle möchten den Namen ihres Vorbildes weiter in Ehren halten. Ich lese das und

höre und sehe gleichzeitig, wie Politiker verschiedener Couleur immer wieder behaupten, die Ursachen für den Rechtsextremismus, für Erfolge der NPD lägen in der Politik der DDR. Auf der Traditionspflege der alten Bundesrepublik bauen die Neonazis auf, die mit dem gleichen Eisernen Kreuz auf ihren Fahnen und Transparenten durch die Straßen ziehen, das auch die Bundeswehr als Hoheitsabzeichen an ihrem Krieggerät trägt. Diese Bundesrepublik hat die Geister, die sie jetzt durch Verbote zügeln will, durch ihre Vorbilder-Traditionspflege selbst gerufen. Mit dem Abschrauben eines Namensschildes von einem Kasernentor ist aus den Köpfen mancher Leute noch keines der Vorbilder verschwunden.

MANFRED ERBE

## Leipzig vor der Oberbürgermeisterwahl Was OBM Tiefensee versprach ...

Am 10. April wird in unserer Stadt der neue Oberbürgermeister gewählt. Auch Wolfgang Tiefensee stellt sich, wie schon vor sieben Jahren, wieder dieser Herausforderung. Und – hat er auch dieses Mal gute Chancen zu gewinnen? Ginge es nur danach, wie er seine von ihm selbst im Juni 1998 aufgestellten 10 Leitgedanken umgesetzt hat, würde es eng werden für seine weitere Karriere. Aber zum Glück, die Menschen sind vergesslich und in der Politik läuft sowieso immer alles anders. Dennoch, LN versucht, gegen das Vergessen anzugehen. Bis zur Wahl wollen wir in mehreren Beiträgen aufzeichnen, wie es um Anspruch und Wirklichkeit der Wahlversprechen Wolfgang Tiefensees bestellt ist. Stadtrat **DR. VOLKER KÜLOW** befasst sich mit dem Thema Kultur in der Stadt.

PREISGRUPPE	PARKETT	RANG	PREISE A	PREISE B	PREISE C
	REIHE	REIHE	€	€	€
I	1 - 9	1 - 3	27,-	34,-	42,-
II	10 - 15	4 - 5	24,-	30,-	36,-
III	16 - 19	6 - 7	18,-	24,-	30,-
IV	20 - 21	8 - 9	15,-	21,-	25,-
V	22	10 - 11	9,-	12,-	18,-
LOGE			31,-	39,-	46,-

Die gegenwärtigen Preise an der Leipziger Oper haben in den letzten Jahren – nicht nur für Sozialhilfe- und ALG II-Empfänger eine kaum mehr zumutbare Höhe erreicht. Und schon wird eine weitere Anhebung ins Auge gefasst. Die finanziellen Probleme der Stadt drücken ...

Keinesfalls zufällig benannte Wolfgang Tiefensee bereits an vierter Stelle der 10 Schwerpunkte zur Wahl 1998 sein programmatisches, etwas didaktisch formuliertes Credo „Unverzichtbar: Die Leipziger Kultur!“ Als besonderen Höhepunkt beschwor er den bevorstehenden 250. Todestag von Johann Sebastian Bach im Jahre 2000, der „Leipzig weltweite Publizität verschaffen“ sollte. Die heutige Leipziger Kulturlandschaft hinterlässt nach sieben Jahren der Ära Tiefensee beim aufmerksamen Betrachter einen zwiespältigen Eindruck. Gewiss ist die Kultur vielfältiger und bunter geworden, jedenfalls was deren Alltagserscheinung angeht. Literaturbegegnungen, Kulturforen, Museumsnächte, Ausstellungen, Kabarett etc. gibt es en gros, aber was die weithin strahlenden Fixsterne am Kulturhimmel betrifft, hat die einstige geistige Großmacht Leipzig – darauf hat der namhafte Leipziger Verleger Elmar Faber unlängst aufmerksam gemacht – ein wenig an Glanz verloren. Insbesondere der Niedergang von der Weltstadt des

## Im Kulturbereich dominiert die Verwaltung des Mangels

**Leipzig hat an Glanz verloren – und ohne langfristiges Konzept droht der Kollaps**

Buches – trotz „Leipzig liest“ – zu einem Bücherdorf, das unter den deutschen Verlagsstädten den 26. Platz einnimmt, schmerzt. Auch die schon von Tiefensees Vorgänger und Ziehvater Lehmann-Grube vielbeschworene „Medienstadt“ steht mehr auf dem Papier. Und last but not least spielt Leipzig auch als Universitätsstandort auf vielen Feldern nur noch in der zweiten Bundesliga. Dem steht auf der Habenseite durchaus positiv gegenüber, dass Leipzig mit Bachfest, der neuen Malerschule um Neo Rauch, dem unlängst eröffneten Bildermuseum und mit dem toll entwickelten Zoo durchaus national und international punkten kann. Zu den kritischsten Momenten der Kulturpolitik unter Tiefensee zählt das unausgewogene Verhältnis zwischen Hoch- und

Basiskultur. Das hat viel mit Tiefensees (über)ehrgeizigem Anspruch zu tun, Leipzig mit aller Macht in die imaginäre „Europaliga der Städte“ zu katapultieren. Trotz zusätzlicher Millionen aus dem Kulturraumgesetz stehen wir in Leipzig mittlerweile vor der abstrusen Konstellation, dass die Stadt einerseits prozentual für Kultur mehr ausgibt als die meisten anderen Städte und es trotzdem in nahezu allen Bereichen nur noch zur Verwaltung des Mangels reicht. Das hat viel damit zu tun, wie in den letzten Jahren Kulturdebatten in unserer Stadt geführt bzw. wie sie vor allem nicht geführt worden sind. Schon lange steht im Rahmen der Debatte zur strategischen Kommunalpolitik eine prinzipielle Debatte über den künftigen Stellenwert der Kultur in unserer

Stadt aus. Die PDS hat mit ihrem unlängst im Stadtrat angenommenen Antrag zur Ausarbeitung eines Kulturentwicklungsplans diese Chance nunmehr eröffnet. Die akuten Probleme der Leipziger Kultur beruhen nämlich nicht zuletzt darauf, dass viel zu wenig darüber diskutiert wird, was man eigentlich haben will. Mit welchen Leuchttürmen möchten wir einerseits überregional ausstrahlen, was ist andererseits nötig für die kulturelle Grundversorgung der Leipziger Bevölkerung? Es genügt nicht zu sagen, wir sind Musikstadt, wir haben einen Weltklassedirektoren, und alle Probleme sind gelöst. Mit Riccardo Chailly ist für das Gewandhaus ein toller Dirigent gewonnen – aber die künstlerischen und vor allem finanziellen Probleme der Oper

existieren weiter und werden sich höchst wahrscheinlich verschärfen. Auch zu Lasten anderer Kulturstätten, insbesondere der soziokulturellen Projekte und Vorhaben wie z. B. Anker, IG Feinkost, Schaubühne Lindenfels oder Werk II. Leipzig muss die Frage nach den Kosten für die Kultur endlich mit der Frage nach den Inhalten beantworten. Ansonsten kollabiert das zwangsläufig immer teurer werdende System in absehbarer Zeit. Und dann wird eines Tages nur noch sinnlos gestrichen; und zwar bei denen, die sich am wenigsten wehren können, die kritisch sind oder Volkstheater spielen, also bei der Soziokultur, beim Schauspiel und bei der Muko. Gegen diesen drohenden Kollaps hilft nur langfristige Strukturentwicklung mit klaren Plänen und Prioritäten.

*Ich werde mich weiterhin mit aller Kraft für die Sanierung und Ausstattung unserer Schulen, für den Umbau des Sportforums und den Bau einer Mehrzweckhalle einsetzen.“ (Tiefensee)*

**Stadtrat RÜDIGER ULLRICH nimmt das Thema Sport unter die Lupe.**

Die Kraft für die Sanierung und Ausstattung der Schulen hat nicht lange gereicht. Während beispielsweise im Jahr 2000 noch etwa 16,8 Millionen Euro für Investitionen im Bereich Schulen zur Verfügung standen, so sind es 2005 lediglich etwa 5 Millionen. Die Summe, die sich auf die 66 Grundschulen, die 35

## Sport mit Leuchttürmen und Flops

Mittelschulen, die 19 Gymnasien, die 15 Förderschulen, die 12 Berufsschulzentren u. a. aufteilen, ist bei weitem nicht ausreichend, um den nach wie vor großen Sanierungsstau entscheidend abzubauen. Besonders tragisch ist die Tatsache, das kaum Landesfördermittel abgerufen werden können, weil die erforderliche Kofinanzierung von 25–50 Prozent der Investitionssumme durch die Stadt nicht zur Verfügung gestellt werden kann. Da auch die Mittel für die Unterhaltung baulicher und technischer Anlagen seit dem Jahr

2000 von 61 000 Euro auf 30 950 Euro je Schule abgesenkt wurden, spitzt sich die Situation weiter zu. Die Auswirkungen sind ein steigendes Havarierisiko sowie die Reduzierung auf die notwendigsten Leistungen zur Erhaltung der Betriebsfähigkeit. Der Ausstattungsgrad zwischen den Schulen und damit auch die Rahmenbedingungen, die für einen qualitativen Unterricht erforderlich sind, differieren zunehmend. Der Einsatz des Oberbürgermeisters für den Bau einer Mehrzweckhalle und den Umbau des

Sportforums war im Gegensatz zur Sanierung der Schulen erfolgreicher. Nach zwei Jahren Bauzeit wurde die Mehrzweckhalle im Mai 2002 rechtzeitig zum Deutschen Turnfest der Nutzung übergeben. Das Zentralstadion wurde im März 2004 mit einem Regionalligaspiel zwischen dem FC Sachsen und den Amateuren von Borussia Dortmund in Betrieb genommen, nebenbei bemerkt, damit begann eine Negativserie mit null Punkten im eigenen Stadion, die mit dem Abstieg in die Oberliga vorerst endete. Die offizielle Stadion-

eröffnung fand im Juli 2004 statt. Mit gerade mal 10 000 Zuschauern an zwei Tagen des Eröffnungsturniers wurde die Veranstaltung zum Flop. Wenn Tiefensee fordert, „wir brauchen für den Breiten- und den Spitzensport Arenen, die internationalen Anforderungen genügen“, dann ist diese Forderung nur zum Teil aufgegangen. Für den Breitensport spielen beide „Leuchttürme des Sports“ nahezu keine Rolle. Die Mehrzweckhalle, ursprünglich als

Fortsetzung auf Seite 4

# Sport mit Leuchttürmen und Flops

Fortsetzung von Seite 3

Trainings- und Wettkampfhalle für Ballsportler, Leichtathleten, Judokas u. a. konzipiert, ist heute vorrangig eine Veranstaltungshalle für Konzerte sowie eine Wettkampfhalle. Insbesondere für die Leichtathleten erfüllten sich die Hoffnungen auf kontinuierlich bessere Trainingsbedingungen nicht.

## Negativschlagzeilen ...

Obwohl mit dem neuen Zentralstadion eine der schönsten Freiluftarenen in Deutschland entstanden ist, so richtig glücklich sind wir damit noch nicht geworden. Es sind die vielen Negativschlagzeilen, die uns immer wieder auf den Boden der Tatsachen zurückholen. Erinnert sei hier an die Provisionsgeschäfte der Stadt mit Herrn Poser. CDU-Wahlkampf helfer Poser hatte im Zusammenhang mit der Auftragsvergabe an die EMKA Immobilienbeteiligungs GmbH von Herrn Kölmel eine Provision in Höhe von etwa 1,8 Millionen DM erhalten.

Erinnert sei weiter an die unendliche Negativgeschichte des Leipziger Fußballs. Vom Bundesligafußball im neuen Stadion muss weiter geträumt werden. Damit rechnet sich das Stadion auch in den nächsten Jahren nicht. Erinnert sei auch an die unlängst erlebte monatelange Diskussion um Mehrkosten im

Zusammenhang mit dem Umbau des Zentralstadions. Einen ersten Glanzpunkt konnte das Stadion mit dem Länderspiel gegen Kamerun setzen. Es bleibt zu hoffen, dass das Zentralstadion mit dem Federation-Cup im Sommer bzw. mit der Fußball-WM 2006 endlich zu einer Erfolgsgeschichte wird.

## Belastende Großprojekte

„Hier stehen wir wieder unter dem selbstgesetzten Anspruch, in der Bundesliga der deutschen Städte mitzuspielen“, so formuliert in Vorfreude auf den Bau von Mehrzweckhalle und Stadion durch den Oberbürgermeister. Für eine Fußball-Bundesligamannschaft reicht es allerdings nicht aus, zwei internationale Topspieler einzukaufen, sie in eine ansonsten schlechte Mannschaft zu stellen, um oben mitspielen zu können. Tiefensee hatte es schon als Beigeordneter für Jugend, Schule und Sport als große Herausforderung gesehen, neben den Großprojekten (Mehrzweckhalle und Stadion) die vorhandene sportliche Infrastruktur in der Stadt zu erhalten.

Das ist ihm allerdings nicht besonders gut gelungen. Die Finanzierung der Großprojekte ging eindeutig zu Lasten anderer, auch traditioneller Sportstätten. Hier einige Beispiele: Schwimmstadion und Stadtbad sind geschlossen, die Sporthalle



Ein Stadion, das sich auf absehbare Zeit „nicht rechnen“ wird.

Leplaystraße und die Radrennbahn dümpeln vor sich hin. Schulsportstätten fallen wegen Havarien bzw. schlechtem Bauzustand öfters für den Schulsport aus. Ohne die Eigeninitiative der Vereine, verbunden mit den Fördermitteln des Landes, würden die Sportstätten in der Stadt ein noch traurigeres Bild abgeben.

## Olympia im Alleingang

An Olympische Spiele in Leipzig hat der Oberbürgermeister zunächst nicht gedacht, als er seine Leitgedanken für eine zukünftige Stadtpolitik zu Beginn seiner Amtszeit formulierte. Diese Idee muss ihm gekommen sein, als er zusammen mit seinem Freund, dem Beigeordneten Jung, bei einer Tasse Kaffee begeistert die Spiele in Syd-

ney 2000 verfolgte. Im Alleingang, ohne den Stadtrat einzubeziehen, teilte er anlässlich einer NOK-Mitgliederversammlung mit, dass Leipzig beabsichtigt, sich für die Ausrichtung der Olympischen Spiele 2012 bzw. 2016 zu bewerben. Zumindest bis zum 12. April 2003, als sich Leipzig gegen die Mitkandidaten Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt und Stuttgart im nationalen Vergleich durchsetzen konnte, schien das Unternehmen Olympia eine Erfolgsgeschichte für Leipzig und den Oberbürgermeister zu werden. Das änderte sich schon im Herbst desselben Jahres. Querelen um Personen und Machtanspruch, Eifersüchteleien, verletzte Eitelkeiten in der Führungsetage der Olympiabewerbung um die Protagonisten der nationalen Bewerbung Oberbür-

germeister Tiefensee und Ministerpräsident Milbradt bestimmten nun das Bild. In einer Studie der Universität Göttingen zum Scheitern der Leipziger Olympiabewerbung heißt es: „Tiefensee trage eine Mitschuld für das Scheitern der Bewerbung, seine zum Teil arrogante und oftmals selbstherrliche Art habe das Projekt Leipzig 2012 beschädigt.“

## Olympia-Abschied ohne Rechenschaft

Eine Analyse des Bewerbungsverfahrens und auch der Ursachen für das Scheitern der Olympiabewerbung liegt dem Stadtrat bis zum heutigen Tag nicht vor. Die Olympiamacher haben sich verabschiedet, ohne umfassend Rechenschaft abzulegen. Was sind aber nun die Ursachen für das Scheitern der Olympiabewerbung? Tatsache ist, dass die anderen Bewerberstädte, insbesondere Hamburg und auch Düsseldorf, die Niederlage im nationalen Ausscheid nie richtig überwunden haben. Es ist nicht gelungen, die Leipziger Bewerbung zu einer gesamtdeutschen Angelegenheit zu machen. Der Einsatz von Politik und Sport in Moskau und ihr Einsatz auf die Entscheidung des IOC waren größer als der in Berlin. Die deutsche Bewerbung mit Leipzig orientierte sich zu wenig an den Anforderungen des IOC. Der „Kleinstadt Leipzig“ wurde die Durchführung Olympischer Sommerspiele nicht zugetraut. Andererseits ist es den Verantwortlichen in Olympia GmbH und Aufsichtsrat auch nicht gelungen, die IOC-Mitglieder von den Vorteilen der Leipziger Bewerbung zu überzeugen.

## SO SEHE ICH DAS



In den auffallend zahlreichen Reden und Sendungen zum diesjährigen Internationalen Frauentag ging es tatsächlich auch um Gleichberechtigung und Gleichstellung.

Mehr vielleicht

als in der DDR, in der wir das Kämpferische als nicht mehr so wichtig betrachteten. Schließlich war das Wichtigste erreicht im Staat der Arbeiter und Bauern. Wir hatten Frieden und die Gewissheit, dass unser Staat ihn erhalten würde, wir hatten Arbeit und wir hatten eine gesicherte Zukunft.

Je mehr ich an diesem 8. März jedoch hörte und las, um so mehr spürte ich das Wirken eines einst von Heiner Geißler offenbarten Rezepts: Revolutionen fänden heute nicht mehr auf Barrikaden statt, sondern durch das Besetzen von Begriffen. Eine Konterrevolution hat ja gerade nicht zuletzt auf diese Weise gesiegt. Nun ist in ihrem Gefolge noch manch neue Sinngabe im Gange. Vergleichbar mit der Art, wie die Jesus-Erben einst heidnische Feste mit christlichem Sinn erfüllten. Ostern beispielsweise, eines der ältesten christlichen Feste, wurde bekannter-

maßen lange vor Christus' Auferstehung als das Frühlingsfest Ostarum gefeiert. Diese österlichen Traditionen ließen sich vorzüglich okkupieren und umdeuten.

Mit dem Frauentag geschieht nun ähnliches. Seine Spuren werden verwischt. Folgenloses Gelaber ersetzt die Bereitschaft, Frauen gleiche Rechte einzuräumen.

Und: Wieviele Medien waren es eigentlich, die die Initiatorin des Frauentages, die *Kommunistin* Clara Zetkin, kurzerhand wieder auf ihren sozialdemokratischen Ursprung reduzierten? Warum habe ich in mehreren Zeitungen nur gelesen, dass die

Tages zitiert wurde, gab zwar zu, dass es hierzulande weder Gleichberechtigung in Beruf noch in der Bezahlung gibt, dass Altersarmut vor allem weiblich ist, dass Mädchen entschieden schlechtere Chancen haben, eine Lehrstelle zu bekommen und dergleichen mehr. Ansonsten wurden bevorzugt Frauen zitiert, denen der Muttertag wichtiger ist oder die meinen, die Welt sei für Frauen längst okay, Diskriminierung gäbe es nicht mehr. Peinlich und oberflächlich wie die Kommentare über den in der DDR begangenen Frauentag. Für die ARD war er gar „eine staat-

daran?). Die Zeit der vollbezahlten Freistellung nach der Geburt wurde schrittweise verlängert und betrug schließlich ein volles Jahr. Großzügige Ehekredite erleichterten den Start für junge Familien. Nicht, dass es für eine berufstätige Mutter mit drei Kindern spielend leicht war, den Alltag zu bewältigen. Aber wir hatten neben der staatlichen Hilfe Männer, die gelernt hatten, zu Hause Verantwortung zu tragen. Ein Grund, warum wir nie feministische Demarkationslinien errichteten, Männer bei Zusammenkünften verbissen aussperrten oder Schilder an Klubs anzubrachten: „Nur für Frauen“. Klar, wer noch bis vor wenigen Jahren laut Gesetz die Erlaubnis des Ehemannes brauchte, um außer Haus arbeiten zu dürfen, wer nach wie vor nicht wirklich über seinen eigenen Bauch bestimmen darf, der klammert sich an solches Sektierertum. Und lebt ansonsten ziemlich verkehrt am Herd. Eine gefährliche Resignation, die sich auch unter einstigen selbstbewussten DDR-Bürgerinnen breit macht, die sie Frauentagsveranstaltungen immer mehr hinter verschlossene Türen verlagern und ihre Forderungen herunterschrauben lässt. Um so wichtiger ein Tag, an dem Männer ihren Frauen, Töchtern, Freundinnen, Kolleginnen, Müttern und Schwestern Solidarität bekunden – und im Alltag danach handeln. In diesem Sinne stimmt sogar die Losung „Wir sind ein Volk“.

## Männer und Frauen – ein Volk!

II. Internationale Sozialistische Frauenkonferenz von 1910 in Kopenhagen diesen Tag ins Leben rief? Erst ab 1921 aber wurde der 8. März zum festen Datum und zwar, weil, wiederum auf Clara Zetkins Anregung hin, die Zweite Kommunistische Frauenkonferenz in Moskau (1921) ihn als Internationalen Frauentag festgelegt hatte. Der Frauentag, so das Selbstverständnis unserer Mütter und Großmütter, soll ein Kampftag gegen ihre mehrfache Ausbeutung und Unterdrückung sein, für Gleichberechtigung, für das Wahl- und Stimmrecht und den 8-Stunden-Tag. Nicht zuletzt war der 8. März immer auch ein Kampftag der Frauen gegen den imperialistischen Krieg. Aktuell wie je.

Manche Statistiken, die nun zur Feier des

lich verordnete Zwangsbeglückung“. Das weckt Assoziationen zu einem anderen Begriff, von dem man uns in der BRD auch nur zu gerne „befreien“ möchte, den Antifaschismus.

Aber zurück. Gewiss, auch wir hatten seinerzeit einen gravierenden Mangel an Ministerinnen, Generaldirektorinnen und Professorinnen – und das lag zum wenigsten an den Frauen. Dennoch, beste Voraussetzungen waren da: Lehrstellen für alle Mädchen wie für Jungen, auch Wunschlehrstellen, Studienplätze ebenfalls und Arbeitsplätze sowieso. Frauenstudium und Frauenförderung waren normal, Haushalt und Familie vereinbar. Frauen hatten monatlich einen bezahlten Haushaltstag (wer erinnert noch

# Was wird aus dem Leipziger Klinikum St. Georg?

**Oberbürgermeisterkandidatin der PDS, Dr. Barbara Höll: Teil- oder Vollprivatisierung kommt für mich nicht in Frage**

LN. Die Frage nach dem Verkauf des Klinikums St. Georg werde derzeit auf den Leipziger Rathausfluren gestellt, stellte Barbara Höll, Kandidatin für die Wahl des Leipziger Oberbürgermeisters, am 9. März in einer Presseerklärung fest. Zwar sei der Stadtrat bisher nicht informiert worden, und es gebe noch keine Vorlage des Oberbürgermeisters.

„Aber es hat den Anschein“, so äußert die PDS-Politikerin, „dass hinter verschlossenen Türen eifrig an der Zukunft des Klinikums gebastelt wird. Eine Option soll die teilweise bzw. vollständige Privatisierung des Klinikums sein. Ich fordere den Oberbürgermeister auf, noch vor dem Wahltag Klartext zu sprechen. Sind es grundlose Spekulationen oder gibt es einen realen Hintergrund?“

## Das städtische Krankenhaus schreibt schwarze Zahlen

Das Klinikum St. Georg ist nach dem Verkauf des Klinikums Südost das einzig verbliebene Krankenhaus in städtischer Trägerschaft. Im vergangenen Jahrzehnt hat es sich zu einem modernen Gesundheitszentrum

entwickelt, und es schreibt als Eigenbetrieb der Stadt schwarze Zahlen. „Es gibt aus meiner Sicht“, so Barbara Höll, „keinen Grund, über die Privatisierung des Klinikums auch nur nachzudenken. Auch keine Haushaltsgründe. Viele Gründe sprechen jedoch für eine Beibehaltung des Klinikums in städtischer Trägerschaft. Es gehört zu meinem Verständnis von öffentlicher Daseinsvorsorge, dass Leipzig wenigstens ein Krankenhaus in kommunaler Trägerschaft behält. Viele hoheitliche Aufgaben, wie die Suchtbetreuung und der sozialpsychiatrische Dienst, wurden durch die Stadt dem Klinikum übertragen. Die Gesundheitsfürsorge darf auch künftig nicht den Profitinteressen großer Gesundheitskonzerne ausgeliefert werden.“

## Leasing-Risiken

Barbara Höll verweist weiter darauf, dass im Jahre 2002 ein USA-Leasinggeschäft (Cross Border Leasing) abgeschlossen worden ist und sich daraus nach jüngsten Entscheidungen in den USA bei einer Teil- oder Vollprivatisierung zusätzliche Risiken erheblichen Ausmaßes ergeben, und sie fragt: „Sollen diese Risiken bewusst in Kauf genom-

men werden?“ Eine Privatisierung des Klinikums komme für sie nicht in Frage.

## Antwort Tiefensees steht noch aus

Die Leipziger Volkszeitung ließ sich mit der Veröffentlichung des Standpunktes und der Fragen der Oberbürgermeisterkandidatin drei Tage Zeit und publizierte sie dann zusammen mit den Stellungnahmen des Klinikdirektors, Prof. Dr. Güldner, und des zuständigen Beigeordneten in der Stadtverwaltung, Burkhardt Jung. Güldner teilte mit, dass an einer Konzeption für die Einrichtung gearbeitet wurde, die jetzt dem OBM übergeben wird. Angesichts der finanziellen Notlage der Stadt sei es opportun, alle Varianten zur Zukunft der Klinik zu prüfen. Jung teilte mit, eine Veräußerung stünde *derzeit* nicht an.

Alles in allem nicht gerade eine kategorische Zurückweisung des Verdachts einer früheren oder späteren vollständigen oder teilweisen Privatisierung. Die notwendige Klarheit schaffende Antwort des Oberbürgermeisters steht noch aus. Möglicherweise kommt sie auch nicht vor dem 10. April.

# Ehrung für Prof. Hans Mayer

**Gedenktafel an seinem ehemaligen Wohnhaus in der Tschairowski-straße**

Am 19. März, dem 98. Geburtstag des früheren Leipziger Germanistikprofessors Hans Mayer, enthüllte Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee an dessen damaligem Wohnhaus, Tschairowskistraße 23, eine Gedenktafel. Er folgte damit, ohne das zu erwähnen, einem Antrag der PDS-Fraktion des Stadtrats aus dem Jahre 2001.

Tiefensee bezeichnete die Jahre des Wirkens von Hans Mayer in Leipzig als die glücklichste und produktivste Zeit seines Lebens und würdigte inhaltliche Selbstständigkeit und kritischen Geist Mayers, die nicht zuletzt in seinen berühmten Vorlesungen im Universitäts-Hörsaal 40 ihren Ausdruck fanden. Das Anbringen der Gedenktafel sah er als eine weitere Würdigung des Wissenschaftlers, der bereits 2001 (post mortem) die Verleihung der Ehrenbürgerwürde vorausgegangen war.

Der fast halbstündige Straßenvortrag von Prof. Dr. Stockinger aus dem Germanistischen Institut der Universität war sehr subjektiv geprägt und außerordentlich einseitig. Er ignorierte, dass sich Mayer ungeachtet der Kon-



flikte mit stalinistisch orientierten Politikern und der damaligen dogmatischen Atmosphäre bis zum Ende seines Lebens als Marxist verstanden und den – wenn auch gescheiterten – Versuch gewürdigt hat, eine neue Gesellschaft auf deutschem Boden zu errichten. Geflissentlich übersah er auch die antikapitalistische Position Mayers, wie er sie erst 1995 bekräftigte: „Ich bin nach wie vor der Meinung, daß ... der Kapitalismus kein einziges wirkliches Problem der Menschen lösen kann, sondern immer neue Katastrophen hervorbringen wird. Das heißt, die Frage, wer wo verliert, wird immer neu gestellt werden.“

• SERIUS



Städtisches Klinikum St. Georg (Foto: Raum für Intensivtherapie im Brandverletztenzentrum): als moderne medizinische Einrichtung Objekt privater Begehren – und kommunaler Verhörerung?

**Spätestens auf den Montagsdemonstrationen macht man Bekanntheit mit vielerlei Initiativen und Gruppen, erhält Flugblätter und Aufrufe und fragt sich: Wer ist wer? Wir bieten hiermit zur Information (und zum Aufheben) ein „Who is Who“ parteiunabhängiger Gruppen aus der sozialen Bewegung in Leipzig:**

### Forum Soziale Gerechtigkeit – FSG

Das FSG versteht sich als Teil der Arbeiterbewegung. Es lehnt sowohl den staatsmonopolistischen „Sozialismus“ der DDR als auch den Kapitalismus der BRD ab, ist konsequent basisdemokratisch und antistalinistisch geprägt. Ziel ist eine sozial gerechte und demokratische Gesellschaft, in der die wichtigsten Produktionsmittel vergesellschaftet sind. Die Mitglieder sind zum größten Teil Arbeiter, Angestellte und Arbeitslose. Sie sind parteilos oder auch Mitglieder von ASG, DKP oder PDS.

## Leipziger Sozialbündnisse

### Initiative gegen einen neuen Reichsarbeitsdienst

Diese Initiative entstand aus dem Umfeld des Sozialforums Leipzig. Sie wendet sich vor allem gegen Arbeitszwang als Repression gegen Arbeitslose. Die Mitglieder sind Parteiose und Mitglieder von ASG und PDS. Die Initiative gegen einen neuen Reichsarbeitsdienst ist Mitglied im Aktionsbündnis Leipzig.

### Arbeitskreis für Demokratie und soziale Politik – DSP

Der DSP kämpft gegen die Agenda 2010 und für die „Rückkehr“ zum Sozialstaat. Seine Mitglieder kommen hauptsächlich aus dem Umfeld von Ver.di und ASG. Der DSP ist Mitglied des Aktionskreises.

### Initiative gegen geistige Gleichschaltung

Auch diese Initiative entstand im Umfeld des Sozialforums Leipzig und wendet sich gegen einseitige Berichterstattung

und Verunglimpfung der Protestbewegung. Seine Mitglieder kommen aus dem Umfeld der DDR-Opposition (z. B. Neues Forum).

### Sozialforum Leipzig

Das Sozialforum ist offen für alle, die sich der Agenda von Porto Alegre verpflichtet fühlen, und sich gegen Demokratiedefizit, Rassismus, Neoliberalismus, Ungerechtigkeiten, Krieg und zurzeit vor allem gegen die Agenda 2010 engagieren wollen. Das Sozialforum ist Mitglied im Aktionsbündnis.

### Sozialforum Leipzig e.V.

Seine Mitglieder arbeiten im Sozialforum Leipzig mit. Der Verein leistet organisatorische Arbeit für das Sozialforum und ist sein juristischer Träger.

### FAU Leipzig

Anarchistische Gewerkschaft, deren Mitglieder keine Parteimitglieder sein dür-

fen. Dort haben sich Studenten, Arbeiter, Angestellte und Arbeitslose zusammengeschlossen. Die FAU Leipzig beteiligt sich an verschiedenen Aktionen gegen den Sozialabbau oder initiiert diese.

### Aktionsbündnis Leipzig

Das Leipziger Aktionsbündnis hat keine natürlichen Mitglieder, sondern koordiniert den Sozialprotest verschiedener Organisationen. DSP, Sozialforum Leipzig, Ver.di Nordsachsen, VDK Sachsen, der Arbeitslosenverband, Neues Forum und attac Leipzig dürfen je zwei Vertreter entsenden, was diese mehr oder weniger regelmäßig tun.

### Ko-Kreis

Er koordiniert die bundesweiten Sozialproteste.

### Bürgerinitiative Solidarität – BüSo

Politsekte aus den USA mit wechselnder Ideologie, die mit der sozialen Bewegung nichts zu tun hat.

• THOMAS BLOCH



## NPD-Debatte und Querschläge

Die Landtagsdebatte zum Thema „weltoffenes und tolerantes Sachsen“ war geprägt von scharfer Kritik am Rechtsextremismus, speziell an Äußerungen der NPD-Abgeordneten und an ihrem Auftreten – wenngleich die Ursachen des Rechtsrucks unterschiedlich gesehen wurden. Aber immerhin, der Konsens der demokratischen Parteien zur ablehnenden Haltung gegenüber der NPD war erlebbar, so dass sich ein NPD-Mann veranlasst sah, das Wort „Asylbetrüger“ zurückzunehmen. PDS und Grüne mahnten, Gründe für Rechtsextremismus nicht nur außerhalb Sachsens zu suchen. Falk Neubert (PDS) äußerte, Sachsen sei durchaus kein tolerantes, weltoffenes Musterländle. Karl Nolle (SPD) sprach unverhohlen von „brauner Brut“. Als ein CDU-Vertreter die NPD-Leute Nationalsozialisten nannte, erhielt er starken Beifall, und Zustimmung fand die Feststellung von Heinz Eggert (CDU), die NPD würde nicht im Landtag sitzen, wenn die anderen Parteien rechtzeitig Antworten auf die Probleme der Menschen gefunden hätten. Wahr ist aber auch, dass es in der CDU Leute gibt, denen dieses weitgehend geschlossene Auftreten gegen die extreme Rechte nicht behagt. Wie sonst soll man sich die höchst widerwärtige Attacke von Generalsekretär Winkler gegen Tüve Schur (s. S. 2) erklären? • L.

# Landesbank-Äffäre ist nicht erledigt

LN. Ungeachtet gerichtsnorischer skandalöser Vorgänge in der Landesbank Sachsen – ungeräumte Geschäftspraktiken und Vetternwirtschaft – sowie des erfolgten überfälligen Wechsels an der Spitze des Finanzinstituts hat sich Ministerpräsident Milbradt grundsätzlich hinter die Bank gestellt. Mit Hinweisen auf ihre Gewinne und der Aufforderung, ihren Ruf nicht zu schädigen, versuchte er abzuwehren und die Debatte zu entschärfen.

Hingegen bestanden PDS und Grüne auf einer umfassenden Aufklärung – eingeschlossen die Rolle von Milbradt und Finanzminister Metz – durch einen

Landtags-Untersuchungsausschuss.

PDS-Fraktionschef Porsch kennzeichnete die Äffäre als Teil des „schwarzen Erbes“ aus der langjährigen CDU-Alleinherrschaft. Er warf Staatsminister Metz und Ministerpräsident Milbradt als Leuten vom Fach „eklatantes Versagen und Verzögern vor“ und begründete damit weiteren Klärungsbedarf. Sein Fraktionskollege Sebastian Scheel kam in einer umfassenden Analyse der Tätigkeit der Bank zu dem Schluss, dass sie die regionale Wirtschaft sträflich vernachlässigt habe und die Geschäftspolitik ein durchsichtiges und risikoloses Geflecht darstelle.

Auch der FDP-Fraktionschef Holger Zastrow sah weiteren Aufklärungsbedarf und zeigte sich unbefriedigt vom Auftreten Milbradts.

Das Mitglied der SPD-Koalitionsfraktion Karl Nolle sieht die Sachsen-LB auf jenem Wege, der die Berliner Bankgesellschaft in eine tiefe Krise führte. Er griff die Landesregierung scharf an, indem er aus einem Pressebeitrag zitierte: „Krisenmanagement sieht anders aus. Das Land als Gewährsträger spiele „tote Käfer. Die Rede Nollens im Landtag war zeitweise aus der Internet-Seite der SPD-Fraktion verschwunden, wurde später aber wieder eingestellt.

## Alternativen zu Etat-Entwurf und Milbradt-Plan

LN. Die PDS-Landtagsfraktion hat sich vorige Woche in einer zweitägigen Klausur in Waldheim mit dem Doppelhaushaltsentwurf der Staatsregierung und der eigenen Strategie für die laufende Legislaturperiode befasst. Dazu sagte der PDS-Fraktionsvorsitzende Prof. Dr. Peter Porsch, die Fraktion werde bis Anfang April zum dritten Mal einen alternativen Haushaltsentwurf vorlegen, der keine höhere Neuverschuldung erfordert als der Regierungsentwurf, aber die Mittel des Landes intelli-

gener einsetzt. Schwerpunkte sind die Umverteilung zu Gunsten von Bildung, Kommunen und Beschäftigungsförderung. Sie unterbreite einen Vorschlag, wie mehr privates Vermögen in Investitionen zu verwandeln ist. Die PDS-Fraktion bekennt sich zur Übernahme des Tarifabschlusses im Öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen für die sächsischen Landesbediensteten. Mit Niedriglohn-Politik sei weder im privaten noch öffentlichen Bereich die Zukunft eines innovativen, moder-

nen Landes zu gewinnen. Sie lehnt Milbradts Sechs-Punkte-Plan entschieden ab, er bedeute Zerstörung der sozialen Marktwirtschaft – „unser Leitbild heißt: Sachsen sozial gestalten“. Die PDS-Fraktion hat ihre Gegenposition unter dem Titel „Politik darf nicht Magd der Wirtschaft werden“ formuliert. Der Regierungskoalition fehle ein gemeinsames Konzept für die Zukunft und sie verfüge auch über keine verlässliche Parlamentsmehrheit. Das könne zur Chance fürs Land werden.

## Zwiespältiger Rundfunkstaatsvertrag

LN. Die Zustimmung des Landtags zum 8. Rundfunkänderungsstaatsvertrag mit seiner Gebührenerhöhung und das geteilte Votum der PDS-Fraktion – bei mehrheitlicher Befürwortung – kommentierte ihr Medienexperte Heiko Hilker mit den Worten: „Zwei Herzen schlagen in unserer Brust: der Respekt vor der Verfassung, die ... durch diesen Rundfunkstaatsvertrag verletzt wird, und der Wille zum Erhalt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“, der mit dem Scheitern gefährdet wäre. In einem gemeinsamen Antrag mit der Grünen-Fraktion verlangte die PDS für die Zukunft ein verfassungskonformes Verfahren.

## Für Kulturhauptstadt Görlitz/Zgorzelec

LN. Die Jury hat sich neben Essen für Görlitz/Zgorzelec als Kandidaten für die europäische Kulturhauptstadt 2010 entschieden, während acht Konkurrenten ausgeschieden sind. Die Bewerbung der Stadt war lange umstritten, da Görlitz ein großes Haushaltsloch hat. Erst strikte Sparauflagen machten den Weg für die Bewerbung frei. Mit dem Votum der Jury geht das Auswahlverfahren in eine neue Runde. Nun muss der Bundesrat die Vorschläge bestätigen, dann werden beide Städte an die EU in Brüssel weitergeleitet, wo Ende 2006 endgültig entschieden wird, welche deutsche Stadt den Zuschlag bekommt.

## Umkämpfte Lehrerstellen

LN. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft lehnte bei einem zweiten Sondierungsgespräch mit Kultusminister Flath ab, in Tarifverhandlungen einzutreten, mit denen der Minister erreichen will, dass die Lehrerstellen in Sachsen weiter reduziert werden – bis 2009 um 7500 – Teilzeitarbeit eingeführt wird und sich künftig mehrere Lehrer eine Stelle teilen. Ungeachtet eines vorgesehenen weiteren Gesprächs äußerte Flath, er stehe zeitlich so unter Druck (gemeint sind offensichtlich die Kürzungsvorgaben im Etat), dass er bereits jetzt handeln müsse.

Zu Lehrerstellen-Abbau und Schulschließungen, die auch im Landtag verhandelt wurden, erklärte Cornelia Falken (PDS), die Staatsregierung täusche die Öffentlichkeit mehrfach über das Ausmaß des Abbaus. Im Koalitionsvertrag werden je 100 zusätzliche Planstellen in Förder- und Berufsschulen versprochen. Zugleich sehe der Haushaltsplan für 2005 den Abbau von 188 Förderschul- und 145 Berufsschullehrerstellen vor. Der Kultusminister behauptete, angesichts des Schülerrückgangs um 50 Prozent sei es eine großartige Leistung, dass die Zahl der Lehrer nur um 30 Prozent sinke. Tatsächlich soll die Lehrerstellenzahl, so Cornelia Falken, von 54 000 im Jahr 1991 und 33 000 im Jahre 2004 bis 2010 auf 25 000 mehr als halbiert werden. Für den derzeit behaupteten Stellenüberhang gebe es keinen Beweis. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft verlangte gerade einen entsprechenden Nachweis als Voraussetzung für Tarifverhandlungen mit dem Kultusminister. Noch in diesem Jahr soll es die 1000. Schulschließung in Sachsen geben, weitere sind angekündigt.

### 8. März

**Dresden.** CDU und SPD einigen sich grundsätzlich über eine weitergehende Nutzung von DNA-Analysen zur Verbrechensaufklärung. Unterschiedliche Auffassungen gibt es noch darüber, ob sie von der Polizei – so die CDU – oder der Staatsanwaltschaft anzuordnen sind.

**Leipzig.** Nach dem Wechsel an der Spitze der Landesbank Sachsen wird auch die dubiosen Geschäftspraktiken verdächtige Chefin der LB-Tochter Mitteldeutsche Leasing AG und Lebengefährtin des ehemaligen LB-Chefs Weiss von ihrer Vorstandsfunktion abberufen.

### 9. März

**Dresden.** Der Landtag beschließt gegen die Stimmen von PDS und Grünen, ab 2006 für den Pillnitzer Schlosspark Eintritt zu verlangen.

**Dresden.** Finanzminister Metz stellt im Landtag einen Gesetzentwurf vor, mit dem eine stärkere Bezahlung von Professoren nach Leistung eingeführt werden soll.

### 10. März

**Dresden.** Der Landtag billigt den Rund-

# SACHSEN-CHRONIK

8. bis 21. März

funk-Staatsvertrag, der eine Anhebung der monatlichen Gebühren um 88 Cent auf 17,03 Euro vorsieht.

**Torgau / Oschatz.** Der CDU-Fraktionsvorsitzende im Kreistag fordert, die DSU wegen rechtsextremer Tendenzen beobachten zu lassen. Mitglieder des DSU-Kreisverbandes hatten eine demokratiefeindliche Erklärung mit unterzeichnet. Das Landesamt für Verfassungsschutz lehnt eine Beobachtung ab.

### 11. März

**Chemnitz.** Der Fußballspieler Steffen Karl wird wegen des Verdachts verhaftet, im Mai 2004 an der Manipulation eines Spiels beteiligt gewesen zu sein, das Schiedsrichter Hoyzer leitete.

**Leipzig.** Ministerpräsident Milbradt unterbreitet unmittelbar vor dem Strategie-

Gipfel zwischen Union und SPD einen Sechs-Punkte-Plan für den Wirtschaftsaufschwung. Er orientiert unter anderem auf einen grundsätzlichen Umbau der Sozialsysteme und die Senkung der Unternehmensbesteuerung.

### 14. März

**Leipzig.** Der Verfassungsgerichtshof hat die Zusammensetzung der Geheimdienstkommissionen des Landtages für rechtmäßig erklärt und eine Klage der NPD abgewiesen. Ihre Fraktionsgröße begründe keinen Anspruch auf Mitgliedschaft.

### 16. März

**Leipzig.** Die Buchmesse 2005 wird mit der Verleihung des Leipziger Buchpreises zur Europäischen Verständigung eröffnet. Die kroatische Schriftstellerin Slavenka Drakulic wird für ihre Ver-

öffentlichungen über die Balkan-Kriege mit dem Preis geehrt.

**Dresden.** Das Innenministerium bietet den Opfern des verfehlten Polizeieinsatzes im Dezember eine Abfindung von 8400 Euro für die verursachten Schäden an der Wohnungseinrichtung an.

**Torgau-Oschatz.** Die kürzlich im Landkreis zur Erprobung eingeführte zusätzliche Vergütung für Ärzte, die sich im ländlichen Raum ansiedeln, führt nach dem Urteil des Vorsitzenden der Kassenärztlichen Vereinigung nicht zum Erfolg.

### 17. März

**Leipzig.** Das Bundesverwaltungsgericht verwirft den Revisionsantrag der Hugenberg-Erben gegen ein Urteil von 2003, das eine Entschädigung für das 1945 enteignete Gut in Ostsachsen abgelehnt hatte.

**Leipzig / Dresden.** Gegen den ehemaligen Chef der Landesbank Sachsen, Michael Weiss, und Ex-Vorstandsmitglied Rainer Fuchs hat ein Staatsanwalt aus Pirmas eine Strafanzeige erstattet, weil die Bank trotz Warnungen hohe Kredite für riskante Immobilien-Projekte angeordnet hatten.

Leipzig war die zweitgrößte Stadt der DDR. 1989 hatte sie 549 230 Einwohner. 28 Kombinate der Industrie und des Bauwesens hatten hier ihren Sitz. Insgesamt produzierten 742 Betriebe mit 294 246 Beschäftigten. Hinzu kamen die hochentwickelten und weiträumigen Bereiche der Wissenschaft und Kultur, die das charakteristische geistig-kulturelle Profil der Stadt entscheidend prägten. Die jährlich zweimal stattfindende Messe leistete das ihrige zum internationalen Ansehen Leipzigs.

In dieser Stadt gab es im 40. Jahr der DDR 70 285 Mitglieder und Kandidaten der SED, die in 1220 Grundorganisationen organisiert waren. Einer ihrer hauptamtlichen Funktionäre war **Hubert Schnabel**, ab Mai 1960 Wirtschaftssekretär und ab 1968 Zweiter Sekretär der SED-Stadtleitung. Acht Jahre war er Abgeordneter der Stadtverordnetenversammlung Leipzig. Nun legte er ein Buch vor: *Seiten und Zeiten des Auf- und Umbruchs einer Stadt. Ein Zeitzeuge lüftet seine Notizbücher. Leipzig 1945–1989.* (VOKAL Verlag, Leipzig 2004. 226 S., 14,90 Euro, ISBN 3-00-15126-5)

**H**ubert Schnabel, der das 41. Jahr der DDR ausklammert, quälen viele Fragen, auf die er um Antworten ringt. Warum war „die große politische Kraft“ nicht mehr in der Lage, „den Menschen ihre Fragen zu beantworten“? Warum verlor sie deren Vertrauen? Weshalb kam es zu einer Entwicklung, die er 1989 als einen „Sturz ins Nichts“ empfindet. Mehr noch: „Was sind die Ursachen, dass fast 2,3 Millionen Mitglieder der SED, Tausende Angehörige des Staatsapparates, der Staatssicherheit, der Armee, der Polizei, der befreundeten Parteien und Massenorganisationen sich von der SED und der DDR abwandten? ... Fragen über Fragen stürmten auf mich ein, ich konnte sie nicht fassen und schon gar nicht beantworten, bis heute bleibt manches ein Rätsel.“ Der Leser spürt die Ehrlichkeit,

mit der Hubert Schnabel versucht, aus der Sicht seiner ausgeübten Funktion den Ursachen auf die Spur zu kommen. Er spürt seinen Schmerz darüber, dass in der DDR die „einmalige Chance vertan“ wurde, den Sozialismus zu errichten. Ihm ist bewusst, dass das kein Problem der DDR allein war, sondern vielmehr ein Ereignis in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und So-

einem Wachstum von 4 Prozent Wirtschaftskraft auf Dauer nicht ungestraft 5–7 Prozent Zuwachs an Lebensstandard erbringen konnte. Auf die sich dabei zwangsläufig einstellenden Probleme, die zu einer wachsenden Unzufriedenheit unter den Menschen führten, reagierte die Partei- und Staatsführung nicht. Signale und Vorschläge, die es dazu aus Leipzig gab, wurden in Berlin nicht ernst genom-

denen Schäden – Ruinen schaffen ohne Waffen – konnten aus örtlicher Sicht nicht mehr beseitigt werden. Zentrale Kennziffern standen dem im Wege, es zählte nur die Zahl der Neubauwohnungen. Auch hierzu fielen alle Hinweise, die seit Jahren aus Leipzig, darunter auch von Horst Schumann, kamen, ebenso wie die von Hans Modrow aus Dresden, in Ungnade, wurden in eine Kritik an den Kriti-

sich in Grundfragen in Opposition zur Haltung des ZK und des Politbüros, forderten eine Korrektur der Politik, die Wende hin zu einem demokratischen Sozialismus.

Diese innenpolitischen und innerparteilichen Probleme und Defizite werden im Kapitel 11 behandelt. Im folgenden Kapitel werden, basierend auf Tagebuchaufzeichnungen des Autors in der Zeit vom 7. Oktober bis 10. November 1989, politische Führungstätigkeiten im Wechselspiel von Entschlossenheit und Untätigkeit, von Veränderungsdrang und Ohnmacht das Ende einer politischen Ära betrachtet.

Auch wenn der Autor die westliche ideologische Subversion gegen die DDR, wie überhaupt die seit Jahrzehnten auf den Untergang des Sozialismus zielende Politik der USA und ihrer Verbündeten nicht außer acht lässt, so liegen ihm jedoch die Entwicklung der DDR und der SED zugrunde bestimmenden fehlerhaften Gesellschaftskonzepte am Herzen. Damit hat Schnabels Buch, das die Entwicklungen in Leipzig behandelt, den Charakter einer Fallstudie zum Niedergang des Sozialismus in der DDR.

Die inneren Ursachen des Untergangs des Sozialismus zu erkennen, so schmerzhaft sie auch sein mögen, und sich mit ihnen auseinanderzusetzen, ist mehr denn je für die Konsequenzen einer „Politik des demokratischen Sozialismus“, ja letztlich für das theoretische Verständnis eines „Wissenschaftlichen Sozialismus“ bedeutsam.

Sicher, der Historiker, für den das Buch zahlreiche Informationen und Anregungen für weitere Untersuchungen enthält, erkennt methodologische Mängel in der Aufbereitung der überaus reichhaltigen Materiallage und vermerkt kritisch, das für Hubert Schnabel das 40. Jahr der DDR das letzte ihrer Geschichte war, aber er zollt der unumstrittenen Leistung, die der Autor mit diesem Buch erbracht hat, seinen Respekt. Er wünscht dem aufschlussreichen Buch, einen breiten Leserkreis.

**KURT SCHNEIDER**

## Als das Wort der Partei nicht mehr angenommen wurde

zialismus. „Sagen wir es deutlich: Die von Lenin aufgeworfene Frage ‚Wer-Wen?‘ wurde nicht zugunsten des Sozialismus entschieden ... weil die praktizierten Methoden der Führung zur Errichtung dieser neuen Gesellschaftsordnung nicht stimmten, die Entwicklung der Massen und ihres Bewusstseins nicht genügend Beachtung fanden, die Schaffung der materiell-technischen Basis trotz allem nicht ausreichte, um die höhere Arbeitsproduktivität als Voraussetzung für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung gegenüber dem Kapitalismus zu sichern.“

**I**n drei großen Kapiteln geht Hubert Schnabel am Detail der Sache auf den Grund, listet eine Vielzahl von Problemen auf. Auf einige von ihnen sei hingewiesen.

Das sind zum einen die Fehler in der Sozialpolitik. Schnabel verweist darauf, dass man bei

men, regelrecht arrogant ignoriert, lediglich als eine zu lösende ideologische Aufgabe betrachtet. Damit vollzog sich eine Entwicklung, deren Auswirkungen der Autor mit den Worten charakterisiert: „Wir fraßen den Sozialismus selbst auf.“

Damit verbunden waren zum anderen auch die enormen Probleme bei der „Lösung der Wohnungsfrage“. Das Wohnungsbauprogramm sei weder finanziell noch materiell gesichert gewesen. In der Stadt wurden die Kapazitäten für Werterhaltung, Rekonstruktion und Modernisierung zu spät und in nicht ausreichendem Maße entwickelt. So verfielen in Leipzig – wo umfangreiche Baukapazitäten, insbesondere durch die zentralen Auflagen für Berlin und für die Messe, nicht dem Wohnungsbau zur Verfügung standen – täglich fast so viele Wohnungen, wie neue errichtet wurden. Die immer gravieren-

kern umgekehrt.

„Wenn heute jemand fragt, warum man das zuließ“, schreibt Hubert Schnabel, „dann kann man nur ehrlich bekennen: Die Beschlüsse sahen das so vor, und deshalb haben alle Organe diese Linie, getreu dem demokratischen Zentralismus, mit verwirklicht.“ Die Rechnung dafür war: „Das Wort der Partei wurde nicht mehr angenommen.“

**D**er Verlust, den die Stadt Leipzig 1989 hinnehmen musste, war enorm. Die nicht veröffentlichte Statistik besagt, dass durch den Weggang in die BRD in diesem Jahr 5600 Arbeitskräfte verloren gingen und zum Zeitpunkt Anfang November noch 6200 Anträge auf Ausreise vorlagen. Insgesamt 300 Beschäftigte des Gesundheitswesens, darunter 89 Ärzte und 86 Krankenschwestern, verließen Leipzig. 40 Busfahrer fehlten ebenso wie 485 Beschäftigte im Bereich Handel und Dienstleistungen. Von dieser Entwicklung blieb auch die SED nicht verschont. Von den 174 000 Mitgliedern und Kandidaten der Bezirksparteiorganisation erklärten bis November 1989 rund 10 000 ihren Austritt aus der Partei; in der Stadtparteiorganisation Leipzig waren es über 3000. Große Teile der Partei befanden

### Veranstaltungen zu Schnabels Buch in Leipzig

• 6. April 2005, 18 Uhr  
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

• 27. April 2005,  
18.30 Uhr  
Klub Gshelka, An der Kotsche 51

„Kürzlich bekam ich eine Wahlzeitung in die Hände, die wie eine Möbelhausreklame aussah.“ Dieser und andere Sprüche begleiten den Betrachter der derzeitigen Ausstellung „Bilder und Macht“ auf seinem Rundgang durch das *Zeitgeschichtliche Forum Leipzig*. In dieser Ausstellung wird die politische Entwicklung im Medienzeitalter, insbesondere die inszenierten Wahlkämpfe unserer heutigen Zeit dokumentarisch dargestellt.

Gleich zu Beginn stellt man fest, dass Politik nicht erst heute inhaltslos ist, sondern es auch schon zu Weimarer Zeiten war, als sich die politische Opposition zu moralischen Protesten hingerrissen fühlte,

### Zur Ausstellung „Bilder und Macht“, Zeitgeschichtliches Forum Leipzig

## Politikteilnahme reduziert sich aufs Zuschauen am Bildschirm

da Friedrich Ebert und zwei seiner Kabinettsmitglieder sich in einem Badeseeblick ablichten ließen.

Einen wesentlichen Platz in der übersichtlich gestalteten Ausstellung nimmt der Führerkult um Hitler und dessen professionelles Propagandaministerium ein. Dazu wurden deutschlandweit Ausstellungsstücke und Dokumente – größtenteils aus privaten Archiven – zusam-

mengetragen. Hierbei agiert das Haus der Geschichte in Bonn quasi als Schirmherr. Die beiden deutschen Systeme werden nicht direkt miteinander verglichen, aber ihre Unterschiede deutlich hervorgehoben.

Am intensivsten jedoch wird sich mit der heutigen Politik/Medien-Problematik auseinandergesetzt: Wo die wenigen Inhalte in immer pompöseren Auftritten

noch weniger werden. Wo Kanzler oder Präsidenten auf Grund ihres Lieblings-Fussballclubs oder wegen einer nach außen hin intakten Familie gewählt werden. Oder wo Medienexperten seit langem fast wichtiger sind als politische Berater.

Diese Missbildungen der Politik werden hier konkret aufgezeigt und werfen automatisch die Frage auf: Wie kann diese Demokratie wieder an Ansehen gewinnen und Politik wieder den Menschen nahe gebracht werden?

Wird „die Teilnahme der Bürger an der Politik allmählich reduziert aufs Zuschauen am Bildschirm“ (Rudolf Waskermann)? • **MARTIN TULASZEWSKI**

Ein LN-Leser empfahl uns, die Rede, die **DR. GESINE LÖTZSCH**, PDS, am 24. Februar in der 160. Sitzung des Bundestages zum Tagesordnungspunkt „Europäische Verfassung“ hielt, zu dokumentieren.



**Aktuell und wichtig wie sie ist, hält er es für unentschuldigbar, dass sie nicht einmal vom Neuen Deutschland erwähnt**

**wurde. Selbst nicht auf Intervention der Rednerin hin ... Dem können wir uns nur anschließen, wobei wir auch die Zwischenrufe für merkwürdig halten.**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident Teufel, Ihre Rede ist hier hoch gelobt worden.

(Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Zu Recht!)

Darum will ich klar ansprechen, was mir nicht gefallen hat. Sie sprachen vom Bombenhagel auf deutsche Städte und Sie sprachen von ehemaligen Kriegsgegnern, die sich jetzt wieder versöhnt hätten. Sie vergaßen allerdings, zu erwähnen, dass Nazideutschland einen Weltenbrand gelegt und andere Länder überfallen hat. Darstellungen wie diese tragen zu einer Geschichtsumdeutung bei, der wir uns entgegenstellen.

(Beifall der Abg. Petra Pau [fraktionslos] – Widerspruch bei der CDU/CSU)

Wir als PDS sind klar bei Richard von Weizsäcker, der vom 8. Mai 1945 als vom Tag der Befreiung sprach.

(Zuruf von der CDU/CSU: Nichts dazugelernt!)

Vertrauen beruht immer auf Gegenseitigkeit. SPD, CDU/CSU und Grüne trauen nicht den Bürgern unseres Landes und

**DIE PDS IM BUNDESTAG**

## Ein besseres Europa ist möglich

die Bürger trauen immer weniger den etablierten Parteien. Sie, meine Damen und Herren, haben noch nicht verstanden, dass Sie Vertrauen nicht einklagen können. Sie müssen den Bürgern auch Vertrauen schenken. Das tun Sie nicht. Sie verweigern sich einem Volksentscheid zur EU-Verfassung

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Lesen Sie einmal den „Stern“!)

und wollten doch einmal mehr Demokratie wagen. Die PDS fordert, wie auch die FDP, einen Volksentscheid zum EU-Verfassungsentwurf. Damit sind wir hier im Parlament zwar eine Minderheit, aber in Europa gehören wir damit zur Mehrheit.

(Beifall der Abg. Petra Pau [fraktionslos] – Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Aber Sie sind gegen die Verfassung!)

Warum dürfen Spanier, Franzosen, Briten und Europäer aus insgesamt zehn Ländern über die EU-Verfassung entscheiden, aber nicht die Bundesdeutschen? Das können Sie keinem Menschen erklären. Auch Sie, Herr Schäfer, haben das hier in Ihrer persönlichen Erklärung bedauert.

Wir als PDS können erklären, warum wir gegen diese Verfassung sind. Dafür gibt es zwei gute Gründe: Erstens. Die Verfassung setzt auf militärische Stärke, auf Aufrüstung und weltweite militärische Konfliktlösungen.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Völlig unsinnig!)

Zweitens. Die Verfassung setzt auf freien Markt – nicht auf soziale Marktwirtschaft –, freien Geldverkehr und freie Konkurrenz.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]:

Sie haben nichts gelesen und nichts verstanden!)

Wir wissen, dass Wetttrüben und militärische Konfliktlösungen in Europa nie funktioniert haben. Unsere Erfahrungen zeigen im Gegenteil, dass Europa unter dieser Logik in den letzten 100 Jahren nur gelitten hat. Wir wollen dieser Logik nicht länger folgen. Diese Logik ist weder für Europa noch für einen anderen Kontinent oder ein anderes Land gut.

(Beifall der Abg. Petra Pau [fraktionslos]) Es ist auch ein gefährlicher Irrglaube, dass wir Europa militärisch aufrüsten müssen, um unsere Unabhängigkeit gegenüber den USA zu sichern oder herzustellen. Ein solches Unterfangen wäre nicht nur ökonomischer Wahnsinn, es würde auch ein lebensgefährliches Wetttrüben einleiten.

Aber einige Lobbyisten scheinen bereit zu sein, jedes Risiko einzugehen, damit die Rendite stimmt. Wir haben es erst kürzlich hier im Bundestag mit dem Eurofighter erlebt: Wir geben wissentlich für ein schlechtes Flugzeug Unsummen aus, weil wir nicht aus geschlossenen Verträgen mit unseren europäischen Partnern aussteigen können. Schon jetzt tricksen die europäischen Rüstungsunternehmen die nationalen Parlamente aus und freuen sich auf die in der Verfassung festgeschriebene Europäische Verteidigungsagentur, die bisher Rüstungsagentur hieß, was aus meiner Sicht weitaus ehrlicher war. Die Kontrolle dieser Rüstungsagentur wird – ich darf den Artikel zitieren – wie folgt beschrieben:

(8) Das Europäische Parlament wird zu den wichtigsten Aspekten und den grundlegenden Weichenstellungen der Ge-

meinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik regelmäßig gehört. Es wird über ihre Entwicklung auf dem Laufenden gehalten.

Das hört sich wirklich nicht nach einer knallharten Kontrolle an. Damit wird Korruption und Selbstbedienung Tür und Tor geöffnet.

(Beifall der Abg. Petra Pau [fraktionslos])

Es geht aber nicht nur um den äußeren Frieden, sondern auch um den inneren. Der Verfassungsentwurf setzt auf „offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“. Wir erleben doch gerade, was das praktisch heißen soll. Dienstleistungsunternehmen sollen in Zukunft nur noch den Anforderungen ihres Herkunftslandes unterliegen. Auflagen und Kontrollen des Tätigkeitslandes würden gänzlich untersagt. Örtliche Tarifverträge, Qualifikationsanforderungen und Standards beim Arbeits-, Umwelt- oder Verbraucherschutz könnten auf einfache und billige Weise unterlaufen werden. Das Resultat wären ein weiterer Sozialabbau und weiteres Wachstum der Armut innerhalb Europas. Derzeit können wir täglich in den Medien verfolgen, wie sich diese Entwicklung im Fleischereigewerbe vollzieht.

So stellen wir uns das Zusammenleben in Europa nicht vor. Im Verfassungsentwurf gibt es zwar in der Tat Aussagen und Textpassagen, lieber Kollege Schäfer, die wir unterstützen, die sinnvoll sind und die eine wirkliche Verbesserung darstellen würden, doch die Ablehnungsgründe wiegen um ein Vielfaches schwerer.

Eine Verfassung, die in den beiden entscheidenden Punkten Rüstung und soziale Marktwirtschaft hinter den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger zurückbleibt, kann keine Grundlage eines zukunftsgerichteten Europas sein. Wir sagen Nein zu diesem Verfassungsvertrag, weil wir Ja zu Europa sagen und daran festhalten, dass ein besseres Europa möglich ist.

Vielen Dank.

Das offizielle Polen, Regierung und Behörden, unterstützte den Aggressionskrieg der USA und Großbritanniens gegen den Irak. Daraus ergaben sich mehrere juristische Probleme. Polens Verfassung aus dem Jahre 1977 stellt im Artikel 136 fest: „Der Präsident der Republik ordnet auf Antrag des Ministerpräsidenten im Falle einer direkten Bedrohung des Staates von außen die allgemeine oder eine Teilmobilisierung der Streitkräfte zur Verteidigung Polens an.“ Dieser Artikel war von Präsident Kwasniewski wie von Ministerpräsident Miller sogar zitiert worden, obwohl in ihm nur von einer direkten und von außen kommenden Bedrohung und in diesem Zusammenhang nur von Verteidigung die Rede ist. Dafür gab es beim Irak-Krieg keine Grundlagen und der Präsident hatte kein Recht, die Streitkräfte zum Überfall auf fremde Territorien zu nutzen, wie es im Falle Iraks 2003 geschah. Auch die NATO, deren Mitglied Polen seit 1999 ist, war nicht als Kriegsseite gegen den Irak angetreten. Somit kann sich die polnische Regierung auch nicht mit dem Washingtoner Abkommen von 1949 rechtfertigen.

Der Präsident und die Regierung brachen nicht nur die Verfassung, weshalb zahlreiche oppositionelle Abgeordnete und Parteien forderten, sie vor den Staatsgerichtshof zu stellen. Sie verstießen eindeutig auch gegen die innere Strafgesetz-

gebung. Im polnischen Strafgesetzbuch von 1997 nämlich regelt Abschnitt 16 die Verbrechen gegen den Frieden, die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen. Diese Verbrechen sind sogenannte „delicta iuris gentium“, also Verbrechen, die eindeutig in der ganzen zivilisierten Welt verurteilt werden. Nach Artikel 117 § 1 des polnischen StrGB heißt es: „Wer einen Aggressionskrieg beginnt oder führt, wird zu einer Freiheitsstrafe nicht unter 12 bis 25 Jahren oder lebenslanglich verurteilt.“

**Prof. Dr. Zbigniew Wiktor aus Wrocław:**

## Mit dem Irak-Krieg wurde die polnische Verfassung gebrochen

Das bedeutet nichts anderes, als dass durch den Irak-Krieg sowohl der Präsident und der Ministerpräsident als auch die polnische Regierung den Tatbestand des Artikels 117 § 1 erfüllten.

Völlig unbewusst war ihnen dies natürlich nicht, weshalb sie zu einer juristischen Interpretierung griffen, die besagte, dass Polen gar keinen Krieg gegen den Irak führe, sondern dem Verbündeten (USA) beistehe. Das würde bedeuten, dass die polnischen Streitkräfte keine Okkupations-, sondern „Stabilisierungskräfte“ sind. Die Besatzungsrolle

und die sich daraus ergebenden Pflichten lägen allein bei den USA und Großbritannien, Polen sei nicht im Kriegszustand.

Nun, da gibt es allerdings folgendes zu bedenken: Der Präsident und der Ministerpräsident haben am 17. März 2003 selbständig einen Aggressionskrieg gegen den Irak begonnen. Erst nach einer Woche wurde im polnischen Parlament, dem Sejm, darüber debattiert. Das widerspricht der polnischen Verfassung. Sie formuliert im Artikel 116 eindeutig: „I.

der Sejm jederzeit einberufen werden und einen Beschluss fassen. Auch, siehe oben, das NATO-Abkommen traf nicht zu.

Dennoch haben – zwar nach scharfer Kritik zu inhaltlichen und formellen Fragen – die meisten Parlamentarier, bürgerliche wie sozialdemokratische, die Entscheidung des Präsidenten akzeptiert. Der Abgeordnete Bronislaw Komorowski, der die Bürgerplattform repräsentiert, suggerierte den Bürgern mit der Aussage „Frieden ist nicht immer moralisch“ sogar, dass der Krieg gegen den Irak und sein Volk moralisch sei. Und der polnische Militärbischof General S. Glodz segnete die polnische Brigade im Irak.

Scharfe Kritik gegen diese Politik blieb nicht aus. Tausende Studenten und andere junge Leute demonstrierten gegen diesen völkerrechtswidrigen Krieg, auch vor dem Botschaftsgebäude der USA in Warschau. Die Polizei ging brutal gegen die Protestierenden vor, Gerichte verhängten über Studenten strenge Strafen. Aber der Widerstand wächst.

Im Januar 2005 waren bereits über 75 Prozent der polnischen Bevölkerung gegen diesen Krieg. Sie fordern den sofortigen Abzug der polnischen Streitkräfte aus dem Irak.

Dieser imperialistische und neokolonialistische Krieg, in dem den polnischen Streitkräften von den USA schmutzige Aufgaben zugewiesen wurden, widerspricht den fortschrittlichen und revolutionären Traditionen unseres Volkes.

# „Wenn die Demokratie nicht die Wirtschaft erfasst, ist sie keine“

Daniela Dahn über Tabus der Demokratie und notwendige Eingriffe in die Verwertungshoheit der Eigentümer

*Daniela Dahn hat ein neues Buch geschrieben. Sein provokanter Titel „Demokratischer Abbruch“ ist ein Wortspiel im Zusammenhang mit dem „Demokratischen Aufbruch“, einer Partei der Wendezeit, deren Gründungsmitglied Daniela Dahn einst war, und die sie aus Protest gegen das Wahlbündnis mit der CDU Kohls verließ. Schon damals begann also der Abbau von Demokratie. Heute, fast fünfzehn Jahre nach der Vereinigung, hat er solche Ausmaße angenommen, dass man von einem Abbruch sprechen muß. Das Buch ist eine Sammlung von Vorträgen und Veröffentlichungen Daniela Dahns aus den Jahren 2003 und 2004.*

*Frau Dahn, Sie haben, wie Werner Mittenzwei schrieb, nach der Wende mutig mit ihren Büchern die Einheitsfront der Medien aufgebrochen und brachten zur Sprache, was die Bürger im Osten durch die Wiedervereinigung verloren haben. Hat Sie dieser Mut nicht manchmal angesichts der ernüchternden Bilanz der Einheit verlassen?*

Ich habe nicht erst nach der Wende beschrieben und bewertet, was ich um mich herum beobachtet habe. Vielleicht habe ich nach der Wende nur schneller hinter die Kulissen geschaut und das anhaltende Desaster früher auf uns zukommen sehen. Gelegentlich macht es keinen Spaß, Recht zu behalten. Heute ist die Ernüchterung über die angeblichen Selbstheilungskräfte des Marktes auch im Westen nicht mehr zu leugnen. Gerade ist in meinem Verlag, dem Rowohlt Verlag, ein Buch mit dem Titel „Supergau Deutsche Einheit“ erschienen. Heute kann die Kritik gar nicht reißerisch genug sein, wer vor zwölf Jahren die Fehler benannt hat, ist von allen Seiten geprügel worden. So ist das immer – wenn die schlechte Nachricht zum Allgemeingut geworden ist, kann man sich getrost abwenden und die Themen aufgreifen, die heute verdrängt werden.

*Worin sehen Sie zusammengefasst die wesentlichen Trümmer und Tabus der bundesdeutschen Demokratie?*

In Trümmern liegen nicht nur große Teile des Sozialstaates. Auch die einstige Gewissheit der Menschen, ein selbstbestimmtes Leben führen zu können, ist weitgehend dahin. Ein nicht auszuschließender Absturz ins soziale Aus steht vor allen, die nicht verbeamtet sind oder kein Einkommen aus Finanz- oder Immobilienbesitz haben. Die also auf Arbeit angewiesen sind. In Trümmern liegt das Vertrauen in die Politik weil unübersehbar geworden ist: die Regierung regiert nicht mehr.

Dennoch lautet das bestgehütete Tabu: Wenn die Demokratie nicht die Wirtschaft erfasst, ist sie keine. Die lebenswichtigen Entscheidungen fallen zuneh-



mend in der demokratisch nicht legitimierten Wirtschaft. Daraus erklärt sich die historisch einmalige Reichtumsexplosion, die das zweitbestgehütete Tabu ist. Tabuisiert wird immer noch der kausale Zusammenhang zwischen arm und reich. Der Unwillen darüber wächst zur Zeit derart, dass einige Gehälter nicht etwa gekürzt, doch zumindest öffentlich gemacht werden sollen. Immerhin.

*Eines Ihrer oft wiederholten Argumente ist, dass Schriftsteller nicht dazu da sind, Lösungen anzubieten. Dazu hätten wir schließlich die Politiker. Bleiben Sie dadurch nicht auf halben Wege stehen?*

Es ist die Aufgabe von Schriftstellern und Intellektuellen, schonungslos auf die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit der Gesellschaft zu verweisen. Oder wie der unlängst verstorbene französische Soziologe Pierre Bourdieu verlangte: „kritisch zugunsten universeller Werte zu intervenieren“, Wächter der Demokratie zu sein. Schriftsteller sind Sand im Getriebe der Verwurstung von Idealen, ihr Los ist es, zu stören. Diesen Weg müssen sie allerdings bis zu Ende gehen. Auch wenn an jenem Ende nur Angriffe, Spott und Ausgrenzung auf sie warten. Dieser Weg ist allerdings nicht zu verwechseln mit dem bequemen: Hannemann, geh du voran. Jeder Bürger, ob nun sein Problembewusstsein durch Schriftsteller sensibilisiert und geschärft wurde oder nicht, hat gefälligst die Aufgabe, gemeinsam mit anderen über Lösungen und praktische Schritte dorthin nachzudenken und dabei „nicht auf halbem Wege“ stehen zu bleiben. Ich werde ungehalten, wenn diese Bürde ein-

fach delegiert wird.

*In Ihrem neuen Buch „Demokratischer Abbruch“ schreiben Sie im gleichnamigen Kapitel, dass die Forderung Rousseaus nach einschränkenden Bestimmungen über das Eigentum bis heute nicht erfüllt ist. Welche konkreten Einschränkungen wären Ihrer Ansicht nach notwendig für die von Ihnen gewünschte neue Wirtschaftsordnung?*

Das ist eine der schwierigsten Fragen und ich werde das Gefühl nicht los, Sie wollen mich immer noch voran schicken. So genau ich konnte, habe ich es ja beschrieben: Wenn es wahr ist, dass die Wirtschaft für die Menschen da ist und nicht die Menschen für die Wirtschaft, muss die menschenfeindliche Profitmaximierung überwunden werden. Was zweifellos ein Eingriff in die unumschränkte Verwertungshoheit der Eigentümer wäre. Außerdem scheint es mir höchst zweifelhaft, dass die Massenarbeitslosigkeit bei fast ausschließlichem Privateigentum an Produktionsmitteln je überwunden werden könnte. Hier sehe ich keine systeminterne Lösung mehr – das ist auch so ein Tabu. Es ist Aufgabe von Unternehmen effizient zu wirtschaften, nicht aus altruistischen Gründen Arbeitsplätze zu schaffen. Das muss der Sozialstaat machen, was er aber nur kann, wenn er selbst Unternehmer ist. Wenn er also demokratisch legitimiert über Gemeineigentum verfügen kann, über Güter, die allen gehören sollten: Wasser, Energie, Bodenschätze, also ein Teil des Grund und Bodens, Verkehrswege usw. Auch existentielle Dienstleistungen wie Bildung, große Medien, Gesundheitsfür-

sorge, Telekommunikation, Post und Bahn müssen nicht überwiegend privat sein. Dabei will ich selbstredend nicht zurück zu bereits gescheiterten Modellen. Aber „Gemeineigentum plus Demokratie“ ist für mich eine immer noch unerprobte Zauberformel.

*Sie betonen, dass Reichtum auf der einen und Armut auf der anderen Seite in Deutschland schneller wachsen, als die Wirtschaft. Noch schneller wachsen Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung. Aber der Widerstand der Betroffenen wächst nicht im gleichen Maße. Die Montagsdemos sind versickert. Ist das nur Resignation und Politikverdrossenheit der Leute oder muß es erst noch schlimmer kommen?*

Die Proteste sind versickert, weil die Politiker aller Fraktionen klargemacht haben, dass sie ihren Sozialabbau unbeeindruckt durchziehen werden. Sie glaubten die Sorgen einer betroffenen Minderheit ignorieren zu können und haben nicht wahrhaben wollen, dass sie die gesamte Gesellschaft in eine Angstgesellschaft verwandeln. Das Ausbleiben weiterer Proteste ist gerade der Beweis, wie gut Hartz IV funktioniert: die Lohnabhängigen sind durch die aberwitzigen Verschärfungen der Zumutbarkeitsregeln noch abhängiger, noch eingeschüchterter geworden. Soviel aufgenötigte Minderwertigkeit bei gleichzeitiger Chancenlosigkeit ihr zu entkommen, treibt den Rechten demnächst womöglich scharenweise Sympathisanten zu. Diese Gefahr halte ich für wahrscheinlich.

*Sie bezeichnen sich selbst als Radikaldemokratin. Man kann aus Ihrem Buch den Eindruck gewinnen, dass Sie auch radikaler sind als die demokratischen Sozialisten. Worin unterscheiden Sie sich von diesen?*

Radikaldemokraten sind für mich Leute, die sich mit den Gefährdungen und Verletzungen der Demokratie nicht abfinden, sondern Lügen und Heuchelei kompromisslos aufdecken und anprangern. Für sie ist die Nichteinhaltung von Programm- und Wahlversprechen kein Kavaliärsdelikt. So gesehen sind zumindest die mitregierenden demokratischen Sozialisten alles andere als radikal. Kein Abgeordneter kann heute ernsthaft behaupten, nur seinem Gewissen verpflichtet zu sein. Ich kann das behaupten. Politiker müssen Kompromisse machen um als Abgeordnete zu überleben, für Schriftsteller verbieten sich Kompromisse bei Strafe ihres Unterganges.

*Zu etwas anderem. Sie haben in ihrem Buch eine sehr erbauliche, zweiflerisch-ironische Deutung der Schöpfungsgeschichte versucht. Kann man in Zukunft weitere solcher Köstlichkeiten erwarten?*

Erwarten kann man immer.

Das Interview führte MANFRED BOLS



## Prof. Bernhard Heisig 80 Jahre

„Man wird nichts verstehen von Kunst, wenn man nur über Kunst reden will... So mußte befestigt werden, dass sozialistischer Realismus kein Stilkorsett ist, sondern auf die Stellung der Künste in der Gesellschaft zielt.“ Prof. Bernhard Heisig, der am 31. März seinen 80. Geburtstag feiert, hat seine Sicht, seine Verortung im Spannungsfeld des gesellschaftspolitischen Rahmens nie verleugnet. Er hat sich daran gerieben, produktiv, sich Freiräume erarbeitet, oft unter Schmerzen. Mit beinahe selbstquälerischem, zutiefst aufklärerischem Engagement widmet er sich oft in seinen Bildstoffen u. a. der Auseinandersetzung um Faschismus, Krieg, Schuld und Mitläufer sowie Verbrechen. Er zählt zu den Köpfen der Leipziger Schule, die ein faszinierendes Spektrum von Stilen und Auffassungen umschließt. Prof. Wolfgang Mattheuer 1973 über Bernhard Heisig: „Unter den Künstlern damals war Bernhard Heisig einer der agilsten, ein Anreger und Unruhestifter schon damals. Unruhige Stationen bekommen ihm prächtig.“ Herzlichen Glückwunsch! D. M.

Foto: Bernhard Heisig in seinem Atelier. Seine Meisterwerke sind im Rahmen der Sonderausstellung „Bernhard Heisig – die Wut der Bilder“ bis 29. Mai 2005 zu sehen. Museum der bildenden Künste Leipzig Di., Do.-So., Feiertage 10–18 Uhr, Mi. 12–20 Uhr, Eintritt: 6 Euro, ermäßigt 4 Euro; Kombiticket (inkl. Sammlung) 8 Euro, ermäßigt 5 Euro, am 2. Sonntag im Monat freier Eintritt.

Gotthold Ephraim Lessing und Leipzig gehören zusammen, schließlich studierte er in der Messestadt, verkehrte, was damals beinahe anrühlich war, mit Komödianten, übersetzte für die Bühne und verfasste eigene Stücke. Mit *Nathan der Weise* betrat er am Lebensabend noch einmal seine alte Kanzel, das Theater. Lessing sieht in jeder Religion unter dem, was die Geschichte

Befreiung vom Hitlerfaschismus zu den ersten wieder-gespielten Stücken gehörte.

Im *Theater der Jungen Welt* am Lindenauer Markt zieht uns Intendant und Regisseur Jürgen Zielinski in den Bann einer orientalischen, basarberauschten Welt. Die Sitzanordnung fordert das Publikum heraus: auf der einen Seite thront der Palast, entgegengesetzt auf der anderen Seite ist das Haus Nathans auf-

## Botschaften für heute

in ihr zugeschüttet hat, den Kern einer wirklichen Menschlichkeit enthalten. In unseren Zeiten zwischen Nordirland-Konflikt, Nahost-Dauerkrise und Tschetschenien-Bürgerkrieg sowie US-Weltherrschaftsphantasie durfte man auf die Lesart dieses Schulstoffklassikers gespannt sein. Doch auch etwas anderes müssen wir im Blick behalten: Lessings *Nathan* durfte zur Zeit der Nazidiktatur nicht gezeigt werden. Dieses Verbot meinte nicht nur den Juden Nathan, sondern die Botschaft der Humanität, der freien Weltgesinnung, der menschlichen Solidarität, die Lessing am Ende seines kämpferischen Lebens noch einmal in der spielen- den Weisheit eines bunt fabulierenden Bühnenmärchens zusammengefaßt hat. Kein Wunder, dass es wenige Monate nach der

gebaut, dazwischen ein schmaler Pfad. Die Atmosphäre ist stimmig: man fühlt sich ins alte Jerusalem zurückversetzt, dazu überraschende Licht- und seltsame Wasserspieleffekte. Reinhart Reimann zeigt uns einen die Familie liebenden Nathan, der zwischen Gehorsamkeit und Ehrlichkeit seinen Weg findet. Martin Klemm hat eine dankbare Aufgabe: Sein Tempelherr ist nicht nur der ungestüme, gewissenstreue Lebensretter, sondern zugleich ein erfrischender Zweifler, der die schöne Recha aus den Flammen befreit und sie zu lieben beginnt. Galina Freund stattet ihre Recha mit augenzwinkender Liebestollheit aus. Ein Posten der besonderen Art: Detlef Vitzthum als absolutistischer Patriarch und Gösta Bornschein als zwielichtiger Klosterbruder. • D. M.



Eine famose Familienidylle: Recha (Galina Freund), Nathan (Reinhart Reimann), Sittah (Meike Anna Stock), Tempelherr (Martin Klemm) und Saladin (Chris Lopatta) – v. l. n. r.

Foto: Theater der Jungen Welt Leipzig / Frank Schletter

## FF dabei

DER FILM- UND FERNSEH-LINK

## Die kahlköpfige Baba Jaga

Über Hasen, Kater, Schauspieler und Schriftsteller

Von MICHAEL ZOCK

„Der Igel hatte zu seinem Wiegenfeste auch den (Oster-)Hasen einst im Kreise seiner Gäste...“ Ungezählte Hörer erinnern sich nicht nur an die Anfänge dieser ausufernden Party, sondern auch an deren Folgen, die Eberhard Esche unverwechselbar vor Jahren vortrug. „Der Hase im Rausch“ ist, seit er 1968 auf AMIGA-Scheiben gepresst wurde, Kultobjekt. Erfunden vom russischen Kinder- und Jugendschriftsteller Sergej Michalkow. Diesen wunderbaren Fabulierer entdeckt der aufmerksame Betrachter von Filmvorspännen auf der brandneuen DVD bei den „Abenteuern des gestiefelten Katers“. Dieser von Michalkow ebenso originell gereimte Kinderfilm über Merkwürdigkeiten und Intrigen im königlichen Schachreich gehört zu der neuen ICESTORM-Serie „Russische Märchenklassiker“. Schon 1958 begeisterte dieser sprechende Kater die jüngsten Kinogänger auch in Leipzig. Und noch Jahrzehnte später –

ich habe es ausprobiert – hat dieser Film dank vorzüglicher Schauspieler und sorgfältiger DEFA-Synchronisation nichts von seinem Charme verloren. Regisseur Alexander Rou, der sich seit 1938 dem Kinderfilm verschrieb, ist in dieser neuen umfangreichen DVD-Serie mehrfach vertreten. Er schuf bekanntlich auch die eigenwillig drollige Film-Baba Jaga. Ihr sich drehendes Hexenquartier auf dünnen Hühnerbeinen ist seit 1965, dem Premierenzjahr des Films „Abenteurer im Zauberswald“, hierzulande genauso berühmt wie das Pfefferkuchenhaus. Alexander Rou fand in dem Schauspieler Gleb Milljar nicht nur einen idealen Hexendarsteller. Er ist kaum wiederzuerkennen in der gänzlich anderen Rolle des kahlköpfigen, traurigen Hofnarrs an der Seite des gestiefelten Märchenkaters. Wengleich es schon etwas verwundert, dass ICESTORM die früheren „sowjetischen Film-erfolge“ jetzt als „russische Filmklassiker“ umdeutet, ist es doch recht verdienstvoll, die oft gespielten Kopien in neuer techni-

scher Qualität einem breiten Publikum für den heimischen DVD-Player anzubieten. Über 20 Produktionen warten nunmehr auf ihre Neu- und Wiederentdeckung. Wenn auch nicht alle so gelungen sind wie die bereits erwähnten. Beispielsweise ist „Die schöne Warwara“ nur ein unorigineller Aufguss früherer Arbeiten Alexander Rous. Empfehlenswert hingegen auch „Die verzauberte Marie“, für die sich schon Professor Flimmrich 1960 im damaligen Kinderfernsehen begeisterte. Erinnern Sie sich noch, wie Tibul die Dickwänste besiegte? Man kann es jetzt wieder erleben.

Trotz derzeit über 20 angebotenen Titeln bleibt der eine oder anderen Wunsch offen. Gänzlich verschollen und leider in keinem Lexikon mehr erwähnt ist der sowjetische Märchenfilm „Der Zauberer aus der Flasche“. Schade! Unvergessen und weit oben bei den Publikumswünschen steht noch immer der Trickfilm „Die zwölf Monate“. Hier bemüht sich ICESTORM um eine Rekonstruktion des historischen Farbmaterials. Also nichts mehr für den jetzigen Osterhasen, aber vielleicht doch noch etwas für den nächsten Weihnachtsmann.

Hier und da gibt es in den alten Kinderfilmen auch rote Halstücher und prächtige Pionierpläste zu entdecken. Lassen Sie sich eine originelle Antwort einfallen, wenn Ihre Sprösslinge danach fragen sollten!

## Vor 200 Jahren wurde Hans Christian Andersen geboren Vater des „häßlichen Entleins“

Er gehörte zu jenen Dichtern, die nicht nur den Märchen des Volkes dichterische Gestalt gaben, sondern mit schier unerschöpflicher Phantasie eigene Märchen schufen und dabei die richtige Diktion fanden. Der am 2. April 1805 in Odense als Sohn eines armen dänischen Schusters geborene Hans Christian Andersen, der kaum die Schule

besuchen konnte, schrieb 168 Märchen, darunter solche weltbekanntesten wie „Das Feuerzeug“, „Der fliegende Koffer“ nach orientalischen Motiven und „Das häßliche Entlein“. Seine Dichtungen zeichnen sich aus durch hohen Realismus und ausgeprägte humanistische Gesinnung. Die erste Märchensammlung erschien 1835, deutsch 1839. • L.



Bedrängt durch den faschistischen Terror musste Erich Brost, Journalist und sozialdemokratischer Abgeordneter des Volkstages in der Freien Stadt Danzig, 1936 ins Exil gehen. Von Warschau aus, wo er bis Ende August 1939 lebte, hielt er Verbindungen zum Widerstand in Danzig und Ostpreußen. Nach mehreren Zwischenstationen gelangte er 1942 nach Großbritannien, von wo aus er Anfang Juni 1945 nach Deutschland zurückkehrte. Ab 1946 gab er die „Neue Ruhr-Zeitung“ heraus, ging aber bereits ein Jahr später als Verbindungsmann des Parteivorstandes der SPD zu den Besatzungsmächten nach Berlin. Im Oktober 1947 traten die Bri-

ten an Brost mit dem Vorschlag heran, eine „deutsche lizenzierte unabhängige Zeitung für das gesamte Ruhrgebiet“ herauszugeben. Nach längerem Bedenken stimmte der Parteivorstand dem zu, ebenso „nach einigem Zögern und mit Skepsis“ dem Vorschlag Brosts, dass sein Nachfolger als Verbindungsmann zu den Besatzungsmächten Willy Brandt sein soll, der zu diesem Zeitpunkt noch Presseattaché der norwegischen Militärkommission in Berlin war. Brost kehrte ins Ruhrgebiet zurück und begründete die

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG (WAZ), deren erste Nummer am 3. April 1948 erschien und die er mehrere Jahrzehnte leitete. Der vorliegende Band, der einen detaillierten Einblick in das damalige Geschehen in Ostpreußen sowie in den antifaschistischen Widerstand in dieser Region und das schwierige Alltagsleben im Exil gibt, umfasst 124 Briefe (22. Oktober 1936 bis 9. September 1955) – die letzten vier Briefe wurden nach der Rückkehr aus der Emigration geschrieben – und 23 Artikel (3.

Januar 1937 bis 27. August 1939) aus dem sozialdemokratischen Exilorgan „Neuer Vorwärts“. Letztere behandeln ausschließlich die Lage und die Entwicklung in Danzig bzw. Polen und sind in ihrer Gesamtheit inhaltsreiche Quellen, die bestens geeignet sind, den derzeitigen Forschungsstand zu bereichern. Die Briefe sind zum großen Teil an Mitglieder des SPD-Parteivorstandes oder an diesen direkt gerichtet und enthalten eine Fülle von Mitteilungen und dgl., die das Interesse der Fachhistoriker finden werden.

Am 29. Oktober 2003 wäre Erich Brost, der immer ein klarer Gegner des Faschismus war, 100 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlass wurde die vorliegende Schrift, die ein Geleitwort von Anke Fuchs enthält, herausgegeben.

• KURT SCHNEIDER

*Erich Brost: Wider den braunen Terror. Briefe und Aufsätze aus dem Exil. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bearbeitet von Marek Andrzejewski und Patrik von zur Mühlen. Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2004. 328 Seiten, 24,00 Euro*

## Mitteilungen aus dem Exil

Über den letzten Universalgelehrten Gottfried Wilhelm Leibniz hat Manfred Richter nun seinen historischen Roman vorgelegt. Im Untertitel nennt der Autor seine jüngste belletristische Arbeit „ein ungesicherter Bericht über die Liebe und anderes Merkwürdige im Leben des Gottfried Wilhelm Leibniz“. 1646 in Leipzig geboren, starb er 1716 in Hannover und war in seinem Leben Philosoph, Mathematiker, Physiker, Techniker, Jurist, politischer Schriftsteller, Geschichts- und Sprachforscher.

In Leipzig und Jena studierte Leibniz Jura und Philosophie. Nach seinem Studium wurde er zunächst Rat am Revisionsgericht des Mainzer Kurfürsten

## Ein Leibniz-Roman

und ab 1676 Rat und Bibliothekar – später auch Hofgeschichtsschreiber – des Herzogs von Braunschweig-Lüneburg in Hannover. 1700 regte Leibniz die Errichtung einer Sozietät der Wissenschaft an, der späteren Preussischen Akademie der Wissenschaften. Auf seinen Reisen trat er mit den bedeutendsten Zeitgenossen in Kontakt, so mit C. Huygens, A. Arnauld, N. Malebranche, R. Hooke und R. Boyle.

Seine Philosophie wurde zu einem wichtigen Bestandteil der deutschen Aufklärung. Auch übte Leibniz Einfluß auf die klassische deutsche Literatur

aus, so auf Herder, Lessing, Goethe. Der Autor erzählt vom Menschen Leibniz und seiner kategorischen Forderung nach Frieden und Glück für die Menschheit. Manfred Richter gelingt es mit seinem historischen Roman, unterhaltsam und spannend das Leben Leibniz's zu vermitteln.

• KARL-H. WALLOCH

*Manfred Richter: Legende LÖVENIX. Ein ungesicherter Bericht über die Liebe und anderes Merkwürdige im Leben des Gottfried Wilhelm Leibniz. trafo verlag Berlin 2004. 18,80 Euro.*

Handlich ist dieses Inseltaschenbuch. Man findet in ihm zusammengestellt, was es an markanten Äußerungen über markante Orte Griechenlands gibt. Nur, wer tourt schon hintereinanderweg von Korfu über Thessaloniki, Delphi, Olympia, Athen, Lesbos, Santorini bis Kreta, um sich dabei von einem literarischen Reisebegleiter belehren zu lassen? Doch auch wem es völlig fern liegt zu reisen, der gewinnt sein Griechenland-erleb-

Krieges entgegnet. Als lange danach das Land ein weiteres Mal Tyrannen anheim fiel, ruft Jannis Ritsos aus seinem Arrest in Erinnerung, wie sich in grauer Vorzeit die Bewohner von Milos gegen den Rückfall in die Barbarei gewehrt hatten: „Ehre“ sagten sie, „Vaterland“ – wie knirschte dies Wort – und dann viel schwerer noch und gewaltiger sagten sie „Freiheit“. In diesen schlimmen Jahren nach 1967 waren die Traumata von Krieg

## Vor Griechenland- reise zu lesen

nis aus dem, was die hier Versammelten äußern: Deutsche (Goethe, Hölderlin, Otto von Wittelsbach, Schliemann, Hofmannsthal, Brecht, Erhart Kastrier, Ernst Jünger, Peter Huchel, Christa Wolf, Botho Strauß u. a.) und vor allem natürlich Griechen selber (von Homer, Sappho, Sophokles, Platon bis Myrivilis, Papadiamantis, Kazantzakis, Kafafis, Seferis, Elytis, Ritsos, Mikis Theodorakis u. a.) Wer dann noch hinzunimmt, was z. B. Mark Twain oder Kishon frotzelnderweise beizusteuern gehabt hätten, kommt vollends auf sein Lesevergnügen. Ergötzlich ist freilich auch schon, was u. a. ein Lukian aus dem klassischen Olympia zu berichten hatte: „Die einen suchen, einer dem anderen ein Bein zu stellen, andere packen sich bei der Gurgel und wälzen sich miteinander im Kot herum wie die Schweine.“

Verhandelt wird in dieser Anthologie allerdings das zeitlos Gültige: Hellas erstrahlt als Land der „heiligen Freiheit“. Als Odysseus nach zwanzigjähriger Abwesenheit wieder auf seine Heimatinsel zurückkehrte, unerkant, als Bettler, und sein Daheim verwahrlost vorfand, war es Eumaios, der Schweinehirt, der auf des Übels Ursache verwies: „Dem Manne, der die heilige Freiheit verliert, nimmt Zeus die Tugend.“ Von Ithaka wechselt dann der Schauplatz nach Theben, wo einst „die Menschlichkeit groß aufstand“. Hier war es Antigone, die unbeugsam Gerechte, die den Gesetzen eines unmenschlichen

und Bürgerkrieg her noch längst nicht verheilt, im Gegenteil, sie wirken ja bis heute fort. Gedacht wird der jüdischen Gemeinde von Ioannina, die zur Zeit des Zweiten Weltkrieges 4000 Menschen zählte, gedacht wird auch des Massakers vom 13. Dezember 1943 in Kalavrita. Deshalb ist Hellas aber noch lange kein finsternes Land, und selbst inmitten des Großstadtsmogs von Athen erlebt der Insider Glücksmomente: „Mag auch die Luft noch verpesteter geworden sein, nie werden sich ändern der honig-goldene Athener Herbst, der milde sanfte Winter mit seinen Halcyoniden, der die Sinne berauschen Frühling und der die Sinne betäubende, glühende Sommer mit seinen abendlichen Brisen.“ Die Anthologie setzt den Schlusspunkt an dem Ort, wo es bei Nikos Kazantzakis heißt: „Komm Sorbas, bringe mir das Tanzen bei!“ – auf Kreta. Und weiter: „Mir war, als hätte ich in den harten Falten der Notwendigkeit einen Winkel entdeckt, in dem die Freiheit gelassen spielt.“ Nirgendwo bekommt man so ein Gespür für den besonderen Stolz dieses Eilands wie bei diesem wilden, kriegerischen Syrtaki, denn dieser Tanz ist ganz Herausforderung, Trotz und Revolte.

HORST MÖLLER

*Danae Coulenas (Hg.): Griechenland. Ein Reisebegleiter. Insel Verlag Frankfurt am Main und Leipzig 2004 (it 3024), 328 S., 12 Euro*

## Übler Vertreter der Geheimdienstzunft

Der Kai Homilius Verlag, der gegenwärtig sein zehnjähriges Bestehen feiert, hat sich zum Ziel gesetzt, an der Herausbildung eines linken aufgeklärten humanistischen Weltbildes mitzuarbeiten. Dabei widmet er sich neben kulturhistorischen Themen insbesondere der Zeitgeschichte. Wichtige Ereignisse jüngerer Datums werden

zum Beispiel in der Edition Zeitgeschichte von kompetenten Autoren aufgearbeitet. Bisher sind 19 Bände erschienen, weitere sind in Vorbereitung.

Im hier vorliegenden Band 17 beleuchten Klaus Eichner und Ernst Langrock die Karriere des CIA-Generals Vernon Walters, eines geheimdienstlichen Drahtziehers, der im Verlaufe eines halben Jahrhunderts sechs Präsidenten der USA in verschiedener Weise diente. Bei zahlreichen verdeckten Operationen der CIA – in Chile, Portugal und Nikaragua, um nur einige zu nennen – zog er im Hintergrund die Fäden. Als es 1989 in Europa, wie der damalige Präsident der USA, George H. W. Bush wußte, „ums Ganze“ ging, wurde der Konspirateur, der sich bereits im Ruhestand befand, nochmals reaktiviert, um als Botschafter der USA in Bonn bei der Zerschlagung des realen Sozialismus in Europa mit Hand anzulegen.

Die Fakten sind sorgfältig recherchiert, die Missionen des Geheimdienstgenerals werden mit zahlreichen Dokumenten und Zitaten belegt. Von besonderer Aktualität ist die Beschreibung seiner Nachhilfe beim „stillen Tod“ (Condoleezza Rice) der Sowjetunion. Die Kenntnis der geschilderten Zusammenhänge und Methoden ist wichtig für das Verständnis der aktuellen Rolle der CIA bei der Verwirklichung der Weltwirtschaftspläne der gegenwärtigen USA-Administration. Eine größere Sorgfalt hinsichtlich Sprache und Stil wäre allerdings wünschenswert gewesen.

MANFRED BOLS

*Klaus Eichner, Ernst Langrock: Der Drahtzieher. Vernon Walters - ein Geheimdienstgeneral des Kalten Krieges. Kai Homilius Verlag, Berlin 2005, 277 S., 18,00 Euro*



## KALENDERBLATT

Vor 100 Jahren geboren

### Adolf Hennecke

In der DDR war der 13. Oktober der „Tag der Aktivisten“. Mein 12-jähriger Enkel hat an diesem Tag Geburtstag, Zeit ihm etwas darüber zu erzählen und über den Mann, mit dessen Tat dieser Tag verbunden war. Sein Name wurde in der SBZ und der DDR zu einem geflügelten Wort, was allerdings für viele mit Missverständnissen verbunden war. „Hennecke machen“ galt im Volksmund lange als „sich sputen“, „Tempo machen“. Aber gerade darum ging es dem am 25. März 1905 geborenen Bergmann Adolf Hennecke nicht oder jedenfalls nicht vordergründig, als er am 13. Oktober 1948 im Ölbitzener Steinkohlenrevier, genauer: im Schacht „Gottes Segen“ der Grube „Karl-Liebkecht“, 24,4 Kubikmeter Steinkohle förderte, 387 Prozent der Norm. Er folgte damit dem Beispiel, das im Jahre 1935 im Donezbecken der Hauer Alexej Stachanow gegeben hatte (der, nebenbei gesagt, auch 1905 geboren wurde). Mit seiner Tat gab Hennecke in schwerer Zeit der sich entfaltenden Aktivistenbewegung einen starken Impuls. Sie löste in den folgenden Monaten und Jahren – das war ihr Sinn – in allen Wirtschaftszweigen neue Arbeitsinitiativen aus und half ein neues Verhältnis zur Arbeit zu schaffen. Dafür stehen Namen wie Frieda Hockauf, Weberin, Paul Heine, Leipziger Lokführer, und Luise Ermisch, Betriebsleiterin, u. a. Es ging um gute Arbeitsvorbereitung, optimale Nutzung von Arbeitszeit und Arbeitsmitteln, um hohe Erzeugnisqualität – kurz: um hohe Arbeitsproduktivität als Weg zu einem besseren Leben. Aus der Aktivistenbewegung ging die Neuerer- und Erfinderbewegung hervor, mit der die Arbeiter Wissenschaft und Technik immer besser nutzten. Es blieben allerdings Keime, die aus mancherlei Gründen im weiteren Geschichtsverlauf nicht zur vollen Reife kommen konnten. Aber als Vorboten eines neuen Verhältnisses zur Arbeit, auch einer neuen Art von Heldentum, fernab heutiger Jobberledigung, bleiben sie denkwürdig.

Adolf Hennecke, in einer westfälischen Bergmannsfamilie geboren, galt bei den Kollegen von jeher als feiner, kluger Kerl, der sich über vieles Gedanken machte. Nach dem Brechen der Norm wird er gefeiert und angefeindet, geehrt und verschrien. Er bleibt ein einfacher, von sich überzeugter Mensch. Auch als er nach seiner Tat als Instrukteur arbeitet und später als Abteilungsleiter für Rationalisierung im Ministerium für Kohle und Energie und in der Plankommission, auch als Mitglied der Volkskammer und des ZK der SED, bleibt er ein Arbeiter, eng verbunden mit den arbeitenden Menschen. Er starb am 22. Februar 1975.

• GÜNTER LIPPOLD

# Die Kasernierte Volkspolizei in Leipzig

Als sich im Frühjahr 1952 die Krise zwischen den beiden in Europa entstandenen Blöcke wesentlich verschärft hatte, drängte die Sowjetunion auf die Bildung einer deutschen Armee in der DDR. Der Glaube, dass die Einheit Deutschlands noch immer hergestellt werden könnte und die nicht vorhandenen personellen und materiellen Grundlagen ließen die Führung der DDR aber vor einer solchen Armeegründung zurückschrecken. Um jedoch die Voraussetzungen für die Bildung eigener Streitkräfte zu verbessern, wurden im Sommer 1952 aus den Bereitschaften der Hauptverwaltung Ausbildung (HVA) der Volkspolizei die Kasernierte Volkspolizei (KVP) geschaffen. Dieses militärisch strukturierte und ansatzweise auch bewaffnete Organ erhielt die Aufgabe, Strukturen, den Kaderstamm sowie die Befähigung der Angehörigen der KVP zu militärischen Handlungen herauszubilden. Sie sollten die innere Sicherheit der DDR garantieren und in einem Kriegsfall die sowjetischen Streitkräfte im Rahmen ihrer sehr begrenzten Möglichkeiten unterstützen. Dabei wurden Strukturen, Dienstvor-

schriften und taktische Vorstellungen fast völlig von der Sowjetarmee übernommen bzw. kopiert. Sogar die khakifarbenen Uniformen glichen denen der Sowjetarmee.

In den Jahren 1952/53 änderte sich die Struktur der Stäbe und Einheiten ständig, ebenso die Standorte. Es ist darum kaum nachzukommen, wer wann in Leipzig lag. Außerdem wurden wegen der überzogenen Geheimhaltung auch die jeweiligen Waffengattungen verschlüsselt. In Leipzig wurde die Territoriale Verwaltung (TV) Leipzig gebildet, die am 27. Juli 1953 in die TV Süd umstrukturiert wurde. Ihr unterstanden alle Landstreitkräfte im Süden der DDR.

Der erste Kommandeur war Generalmajor Kurt Vogel (1910–1995). Er wurde in Potsdam als Arbeiterkind geboren, hatte bis 1932 als Schlosser gearbeitet und wurde 1933 als KPD-Mitglied verhaftet und erst 1935 wieder entlassen. Er ging nach Spanien, verteidigte dort die Spanische Republik gegen Franco, war danach in Frankreich interniert und schließlich im Zuchthaus Brandenburg und im KZ Buchenwald inhaftiert.

Ihm folgte 1954 Generalmajor Friedrich („Fritz“) Johne (1911–1989). Er stammte aus dem Sudetengebiet, absolvierte eine kaufmännische Lehre, war dann arbeitslos und leistete 1935 seinen Wehrdienst in der tschechischen Armee. Am 9. August 1937 ging er nach Spanien, um in den Internationalen Brigaden gegen Franco zu kämpfen. Nach der Niederlage der republikanischen Armee war er in den französischen Lagern St. Cyprienne, Gurs und Vernet eingesperrt. Er wurde an Deutschland ausgeliefert und war bis zur Befreiung im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Er nahm am Todesmarsch der Häftlinge teil, kehrte in die CSR zurück und war 1946 Mitorganisator der freiwilligen Umsiedlung deutscher Antifaschisten aus dem Sudetenland. Nach seiner Tätigkeit in der KVP und NVA in Leipzig war er bis 1963 Kommandeur der Militärakademie „Friedrich Engels“ in Dresden und 1963 bis 1967 Botschafter der DDR in Kuba. Er war ein äußerst beliebter Kommandeur. Neben dem Stab der TV Süd gab es in Leipzig noch ein B-Kommando, worunter sich ein Artillerieregiment verbarg, ein

S5-Kommando (Flakregiment), eine Nachrichten- und eine Pionierabteilung sowie ein A-Kommando (Infanterieregiment) der Bereitschaft (Division) Halle. Außerdem lag in der Kaserne Viertelsweg (heute Th.-Körner-Kaserne) die Feldscherschule der KVP und in Wiederitzsch das VP-Krankenhaus. Zeitweilig garnisonierte in Leipzig auch eine Gemischte Offizierschule. Damit war in Leipzig eine bedeutende Garnison entstanden.

Die Kasernierte Volkspolizei war die Vorstufe der NVA. Sie hatte durchaus militärischen Charakter, unterschied sich von einer regulären Armee jedoch durch die völlig ungenügende Ausrüstung, den geringen Auffüllungsstand, unklare Führungsstrukturen und -prinzipien und die Tatsache, dass die Mehrzahl der Offiziere nach z. T. nur ein bis dreimonatiger Ausbildung und zumeist mangelhafter Allgemeinbildung noch nicht zur Führung von militärischen Einheiten befähigt war.

In den Regimentern und Abteilungen wurden Unteroffiziere und an den Schulen Offiziere für die dann 1956 gegründete Nationale Volksarmee herangebildet. Dadurch gab es bei deren Aufstellung auch die Möglichkeit, weitgehend auf bei der Wehrmacht ausgebildete Offiziere zu verzichten. Von diesen gab es 1956 im gesamten Süden der DDR nur insgesamt 89, wobei sich darunter nur zwei Majore befanden und alles andere niedrigere Dienstgrade waren. Die KVP führte im Leipziger Norden eine unauffällige Existenz, trat aber bei Arbeitseinsätzen, z. B. beim Bau des Zentralstadions, sowie durch ihre sportlichen und kulturellen Leistungen oft in den Blickpunkt der Öffentlichkeit.

• DIETER KÜRSCHNER



Kasernierte Volkspolizei in Leipzig

## Was sich hinter LEIPZIGER STRAßENNAMEN verbirgt (32)

Leipzig ist reich an Straßennamen, die nach Persönlichkeiten des Krieges gegen Napoleon benannt sind. Sie beziehen sich vorrangig auf Beteiligte an der Völkerschlacht. Bei Theodor Körner liegt das anders, denn er war zur Zeit der Völkerschlacht bereits tot. Dafür hat er einen vielfältigen Bezug zu unserer Stadt. Sein berühmter Vater Christian Gottfried Körner war, ebenso wie seine Mutter Minna Stock (siehe unseren Beitrag zur Schillerstraße), Leipziger, lebte jedoch ab 1783 in Dresden, wo Theodor am 23. September 1791 geboren wurde. Er studierte zunächst in Freiberg Chemie und Mineralogie und dann in Leipzig Philosophie und Geschichte. Wegen der Be-

teiligung an einem Duell musste er die Stadt jedoch schon nach fünf Monaten verlassen. Er ging nach Wien, verlobte sich mit einer Schauspielerin und wurde 1812 Theaterdichter des Hof-

### Körnerplatz und Körnerstraße

burgtheaters. Am 19. März 1813 trat er dem Lützowschen Freikorps bei und wurde Adjutant des Kommandeurs. Am 7. Juni erlitt er bei Kitzen eine schwere Verwundung und wurde vom Gärtnerehepaar Häußler aus Großschocher verborgen und gepflegt. Schließlich heilte ihn der Leipziger Arzt Dr. Wendler (Gedenkstein an der Stelle seines Hauses am Lutherring) und

Körner kehrte zu den Lützowern zurück, deren flammender Dichter er bereits geworden war. Am 26. August 1813 fiel er im Kampf an der Straße Gadebusch-Schwerin.

### Körnerplatz und Körnerstraße

Theodor Körner, nach dem auch die Kaserne der Bundeswehr am Viertelsweg benannt wurde, gilt seit jeher als der Dichter der Befreiungskriege. Dazu trug wesentlich sein früher Tod und die Verherrlichung durch das Militär bei. Sein Vater veröffentlichte die patriotischschwülstigen Gedichte des jungen Poeten unter dem Titel „Leier und Schwert“. Aus dieser Samm-

lung ragt besonders das Lied „Lützows wilde Jagd“ hervor. Sie lässt aber den Leser auch schnell erkennen, dass sie weniger durch dichterische Qualität als vielmehr durch das explosive Gemisch von Todesästhetik, gepaart mit religiösem und patriotischem Pathos, besticht. Im „Lied von der Rache“ ruft er z. B. dazu auf, sich am (französischen) Blut satt zu saufen und Lust daran zu empfinden, wenn „das Gehirn aus dem gespaltnen Kopfe am blut'gen Schwerte klebe.“ Niemand weiß, wie er sich entwickelt hätte. Seine Tragödien und Lustspiele, in denen er sich als Schüler und Nachahmer Schillers und Kotzebues zeigte, haben die Zeit nicht überdauert. • DIETER KÜRSCHNER



Von  
**KLAUS HUHN**

Sport bietet stattliche Möglichkeiten zu endlosen Disputen und lautem Streit. Schafft es Rostock doch noch? Wer könnte Eishockeymeister werden, bis hin zu der Jahrzehntfrage: Wer bekommt die übernächsten Olympischen Spiele? Im deutschen Sport schwelt seit langem ein Streit, der nicht recht vorankommt, schon weil ihn niemand mit Engagement führen will: Wann wird die Struktur endgültig und vor allem mit welchem Erfolg verändert? Im Dezember hatte man auf der alljährlichen Generalversammlung heftig diskutiert, und weil ja der BRD-Sport im Gegensatz zum DDR-Sport ein von der Politik und den Politikern völlig unabhängiger Sport ist, musste es ein wenig überraschen, dass der Wortführer ausgerechnet Innenminister Schily war. Der hatte doch allen Ernstes auf diesem Treffen mit den obersten Sportfunktionären erklärt: „Hier muss gründlich aufgeräumt werden!“ Das war eindeutig, erlaubt aber die naive Frage: Was wollte der Innenminister denn aufräumen und vor allem wie? Konnte es ihm nicht schnuppe sein, wer deutscher Fußballmeister wird oder wer die Krone im Eishockey holt?

Nein, es ging ums Geld und darum, dass man für das Geld, das die Bundesregierung alljährlich in den Sport steckt, mehr Erfolge

– Klartext: Medaillen – sehen will. Und wie bei Hartz IV oder dem Eintrittsgeld beim Arzt wollte die Bundesregierung die „Reform“ selbst in die Hand nehmen, was nicht schwer war, denn im Sport funktioniert, was kaum irgendwo sonst in deutschen Landen mit Erfolg praktiziert wird: Die Große Koalition.

Schrieb die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“: „Der SPD-Mann Schily sprach zum Vergnügen des CDU-Freundes Richthofen für die hef-

tig umstrittene Fusion von DSB und Nationalem Olympischen Komitee (NOK). ‚Die große Chance, die Organisationsstruktur des deutschen Sports zu straffen und neu zu ordnen, um mehr Effizienz und Schlagkraft zu erreichen, darf nicht vertan werden‘, sagte Schily und warnte: ‚Das Ministerium wird die Ergebnisse im Hinblick auf ihre Förderwirkungen eingehend prüfen.‘ Deutlicher kann man es kaum sagen.“

Das stimmt nicht – es ging noch deutlicher, wie die FAZ demonstrierte: „Sportsfreund Schily hält vierte und fünfte Plätze zwar für ‚phantastische Leistungen‘. Dem Siegertypen sind aber Sieger lieber: und Medaillen schließlich der Maßstab für die Förderungswürdigkeit. Da sich die Ausbeute in Athen (48) im Vergleich zu den Resultaten bei den Sommerspielen 1992 in Barcelona (82) um fast die Hälfte reduzierte, rotierten die Sportplaner des Bereichs Leistungssport im DSB nach den Vorstellungen des Minis-

ters. Die Delegierten nickten das vorgelegte kurz- wie langfristige Programm Gold nur noch ab: Nun sollen die Bundesstützpunkte von etwa 140 auf 100 reduziert und dafür etwa 30 Fördereinrichtungen für Nachwuchsathleten unter 23 Jahren eingerichtet werden. Das angenommene Förderkonzept 2012 schreibt stärkere Eliteunterstützung, Kaderreduzierungen, Konzentration von Trainingsgruppen sowie eine neue Einteilung der olympischen Sportarten und Disziplinen in Lei-

stungsfördergruppen vor, frei nach dem Motto: Die Starken mit Zuwendungen (plus zehn Prozent) stärken, die Schwachen mit Abzügen (bis minus 30 Prozent) bestrafen. Nachdem das Erbe des DDR-Sports verbraucht ist, tauchen im vereinten Deutschland mit der Effektivitätsrechnung wieder Ideen des ehemaligen Systems auf.“

Hier gilt es innezuhalten und zu rekonstruieren: Die Bundesregierung möchte vierte und fünfte Plätze bei Olympia gegen erste oder zweite eintauschen und weil es obendrein am Geld mangelt, entschied man sich für die Variante: Wer zu wenig Medaillen bringt, bekommt in Zukunft weniger Geld. Und das, nachdem man dem DDR-Sport seit Jahrzehnten vorgeworfen hat, er habe Sportarten, die nicht so „medaillenträchtig“ waren, abgespart. Sogar die FAZ erinnerte sich nach Schilys Rede daran und schrieb allen Ernstes aus heiterem Sporthimmel: „1967 wurden alle Sportarten, in

denen sich die DDR keinen Medaillengewinn ausrechnete, nicht mehr unterstützt.“ Sie hätte auch schreiben können: „Von der DDR lernen, heißt Medaillen gewinnen lernen.“

Dabei ist diese vereinfachte Darstellung der Strukturänderung im DDR-Sport schlicht falsch. Die Sportarten, die man unter dem Dach von „Sport II“ versammelt hatte, wurden weniger unterstützt als die anderen. Das gab zwar Ärger und vor allem drastische Kritik von den bundesdeutschen Medien, aber vier Jahrzehnte später wird haargenau dieses System kopiert, und obendrein beruft man sich dabei auch noch auf die DDR. Dass zum Beispiel in den Medien kritisiert wird, dass das Frauenturnen kaum noch gefördert wird, fiel bislang nicht auf. Man hat sich damit abgefunden. Warum? Weil die Turnerinnen keine Medaillen mit nach Hause brachten.

Das alles ist tatsächlich nicht neu, sollte aber nicht überlesen werden. Und zwar nicht aus Motiven wie Schadenfreude oder Häme, sondern nur um festzustellen, dass sinnvoller Umgang mit dem Geld im Sport ziemlich wichtig ist. Und dass man nun, um diesen Umgang zu garantieren, sogar den DSB mit dem NOK zusammenlegen will – was nichts weiter als eine organisatorische Maßnahme ist und höchstens den „Vorteil“ mit sich bringt, dass man einige Sekretärinnen und Sportfunktionäre entlassen kann – spricht auch nicht gerade für das Schily-System des „großen Aufräumens“.

Wie ich schon erwähnte: Man muss solche Themen nicht erörtern, weil der Sport genügend andere liefert, aber niemand sollte glauben, dass man mit Taschenspielertricks an den echten Problemen vorbeikommt. Und schon gar nicht, dass man heute „unter der Decke“ DDR-Einfälle kopiert, die man gestern noch verteufelte. Mit dem längst nicht mehr gelegneten Druck der Politik auf den Sport!

## Joseph Fischer und die Visa-Vorschriften

Die Visa-Vorschriften für den privaten Reiseverkehr mit den postkommunistischen Staaten der ehemaligen Sowjetunion, auch bekannt unter der Bezeichnung „in dubio pro libertate“ (im Zweifelsfall für die Freiheit – die Red.), sind schon vor 1998 unter der Regierung Kohl ausgearbeitet und umgesetzt worden. Im Laufe der Jahre haben sich diese Bestimmungen hauptsächlich auf die Ukraine konzentriert, da man gemerkt hatte, dass sich dort eine Oppositionsbewegung im westlichen Sinne formierte und an Boden gewann. Nichts ist einfacher, als die Destabilisierung einer Regierung herbeizuführen mit Erlassen, die eine Ausreise in hochentwickelte kapitalistische Länder ermöglichen. Der Erlass „in dubio pro libertate“ ist dann zwar 2003 vom Außenminister Fischer gestoppt bzw. wesentlich verschärft worden, hatte

aber dazu beigetragen, dass sich die Opposition im westlichen Sinne so weit gestärkt hatte, dass Demonstrationen und ziviler Ungehorsam in der Ukraine an der Tagesordnung waren. Die Entwicklung im Jahre 2004 mit Wahlen, Wahlbetrug und nochmals Betrug hat eine Administration an die Macht gebracht, die ganz den Interessen der westlichen Welt entspricht. Damit haben der Erlass und Außenminister Fischer hinsichtlich der Ukraine ihre Schuldigkeit getan, und Herr Fischer

konnte von der Opposition in Deutschland – allen voran Angela Merkel – als Zuhälter und Menschenhändler bezeichnet werden.

Es wird immer so sein, dass bei derartigen Praktiken dubiose Elemente mitschwimmen, die aus der politischen und wirtschaftlichen Konstellation ihre privaten Geschäfte tätigen, und sie haben sie auch hier getätigt. Die im Jahre 2004 in der Ukraine entstandene politische Lage hat die Praktiken des Erlasses „in dubio pro libertate“ vollends überflüssig gemacht und damit Herrn Fischer für die Opposition in Deutschland zum Buhmann werden lassen.

SIEGFRIED SCHUBERT

Ekkehard Fritz notiert

Geschichten von Herrn M.

Zum Vorhaben „Ausbau“ Jahnallee

Herr M. fährt Auto. Auf dem Highway gibt er seinem Mustang kräftig die Sporen, fühlt sich wie in der wilden Prärie. Herr M. jauchzt im Geschwindigkeitsrausch. Dann muss er die Autobahn verlassen, um das Dorf zu erreichen, wo er Leute besuchen will. Er kennt sich aber in den verwinkelten und ver-

bauten Straßen nicht gut aus und kommt ins Schwitzen. Noch dazu, da ein Trabbi vor ihm zu- ckekt. Sowa gibt's noch. „Mensch, Leute! Reißt die Häuser ab für eine vierte Spur. Ich bin in Geschäften unterwegs und habe es eilig und brauche freie Bahn.“ Und Herr M. drückt heftig auf die Lichthupe.

**Adi kommt! Machs mit. Machs nach. Machs besser.**

Zu Sport, Spiel und Spaß lädt die PDS-Oberbürgermeisterkandidatin Dr. Barbara Höll am Donnerstag, dem 7. April 2005, ab 17 Uhr, in die Sporthalle Leplaystraße alle kleinen und

großen Leipzigerinnen und Leipziger ganz herzlich ein.

Mit dabei: Adi, Täve Schur, Klaus Köste und viele weitere sportliche Prominente

## Er ist da, und das ist gut so

„Du fährst zum Geraer Dialog, hat der sich nicht aufgelöst?“, fragte mich ein PDS-Genosse. Woher hätte er es auch wissen sollen, ist doch dieser bundesweite Zusammenschluss bei der PDS nach Beendigung der inneren Querelen aus der Tagespresse verschwunden. Der Antrag, den „Geraer Dialog“ aufzulösen, war mehrheitlich abgelehnt worden. Grund für einige Mitglieder, aus ihm auszutreten. So tagte er am 5. März auch von der Presse unbemerkt in Kassel. Der Aderlass war durchaus spürbar, der Saal kaum ausgelastet. Dafür war die Atmosphäre nahezu harmonisch. Und auch die Ergebnisse können sich sehen lassen. Nach einem Referat von Jochen Traut mit den Schwerpunktthemen *Bilanz des 2. Weltkriegs, Deutsche als Opfer?, Geschichtverfälschung* und der Diskussion ergaben sich zwei Thesen:

- „Der 60. Jahrestag der Befreiung wird von den Herrschenden genutzt, z. B. zur Ratifizierung der EU-Verfassung.“
  - „Bezugspunkte zur Abrüstung gehen mit der EU-Verfassung verloren, im Gegensatz zur deutschen Verfassung. Das muss im geschichtlichen Zusammenhang gesehen werden.“
- Im bestätigten Leitartikel heißt es, dass auf die 2. Tagung des 9. Parteitag der PDS mit folgenden Positionen Einfluss genommen werde soll: Antifaschistische Tätigkeit der PDS, humanistische und sozial offene Bildung gehören ins Zentrum der PDS-Politik, der Erhalt und die Weiterentwicklung des Pluralismus sollen durch die weitere Demokratisierung der Partei erreicht werden. Im Bundestagswahlkampf soll die PDS als gesellschaftliche Opposition auftreten. **T. BLOCH, Leipzig**

### Vor 25 Jahren

## Befreiungstheologe ermordet

In der salvadorianischen Gesellschaft grassieren seit Jahrzehnten Analphabetentum und Arbeitslosigkeit. Der befreiungstheologisch geprägte Erzbischof Oscar Arnulfo Romero, geboren am 15. August 1917, nahm sich der Sorgen der Armen und Ausgebeuteten an, besuchte ländliche Elendsgebiete und trat offen für die Bewegung „Christen für den Sozialismus“ und die „Theologie der Dritten Welt“ ein. Er kümmerte sich nicht darum, dass er daher als Kommunist verschrien wurde – fast ein Todesurteil. Vor 25 Jahren, am 24. März 1980, wurde er wegen seines sozialen Engagements, das ansatzweise revolutionäre Dimensionen annahm, von einem konterrevolutionären Scharfschützen heimtückisch ermordet. **H. GERATHEWOHL, Leipzig**

Sonne, Regen, Wind, Schnee. Der Urlauber bekam alle Wetter. Schöne Insel Rügen, auch wenn die Wissower Kliniken abgerutscht sind. Wunderbare Natur und hervorragend rekonstruierte und neu gebaute Ferienhotels – wie beispielsweise in Binz. Das ehemalige FDGB-Ferienheim „Arkona“ bietet mit fünf Übernachtungen und Halbpension ein von den Gästen dankbar angenommenes gutes Preis-Leistungsverhältnis an. Gerade auch ältere Menschen können sich super erholen. Wer sich dafür interessiert, wie es politisch läuft, findet neben dem touristischen Hochglanz aber auch den „Rostfraß“. Ich bekam aus der Zeitung die Auswertung von Wirtschafts- und Arbeitsmarktproblemen mit. Anhaltend 10 000 Arbeitslose – Tendenz wie überall zunehmend. Die Industrialisierung der Küstenregion und die Entwicklung des Ferienwesens in der DDR hatte tausende Fachkräfte nach Norden gezogen. Ich erinnere an die Handelsflotte, die

## Rügen: Schöne reiche, arme Insel



Seebrücke Sellin

Foto: Wart

Hochsee-Fischfangflotte, den Schiffbau und nicht zuletzt an die Marinestützpunkte, das meiste völlig liquidiert. Dazu die Landwirtschaft reduziert und das Handwerk im ewigen Kampf gegen die Kaputtrefor-

men aus Berlin. Was tun mit den Menschen, die mit einem Wirtschaftskonzept konfrontiert sind, das fast nur auf den Tourismus setzt? Die Situation ist so schwierig, dass sich ein PDS-Minister der Landesregierung

Mecklenburg-Vorpommern und die zuständige PDS-Landrätin höchstpersönlich für den Erhalt von ganzen 15 (!) gefährdeten Arbeitsplätzen am Königstuhl engagierten. Erfolgreich, wie es hieß. Das spricht schon für diese Menschen, wie sie mit dem Mut der Verzweiflung gegen die Folgen der politischen Fehler und gegen die ihnen aufgezwungenen Rahmenbedingungen vorgehen. Gleichzeitig wird der Ernst der Lage sichtbar. Ich konnte nicht herausfinden, wieviel Prozent der Insulaner eine lichte Zukunft vor sich sehen – jedenfalls kämpft sich die Regierung mit betont optimistischer Grundeinstellung zunächst weiter durch die Tücken der Talsohle. Ich guckte durch den Küstennebel – und sah ein Abbild Ostdeutschlands.

J. SPITZNER, Leipzig

Als im einstigen Römischen Weltreich die blutigen Gladiatorenkämpfe als große Shows Mode waren – viele imposante Arenen wurden gebaut, manche davon kann der Tourist heute noch betrachten und bewundern –, hatte dessen Abstieg längst begonnen. Und der Untergang ließ dann nicht mehr allzu lange auf sich warten. In der heutigen Gesellschaft mit der sehr gepriesenen freiheitlich-demokratischen Ordnung und einem im wesentlichen seit über 15 Jahren stabilen Brutto-sozialprodukt – zu DDR-Zeiten nannte man es Nationaleinkommen – wird eben dieses Sozialprodukt nur immer mehr von unten nach oben verteilt. Man werfe nur einen Blick auf ein paar Zahlen des jüngst veröffentlichten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung. Der Anteil der unter der Armutsgrenze lebenden Menschen – sinnigerweise ist die Messzahl in den neuen Bundes-

## Droht uns der Absturz ins alte Rom?

ländern dafür deutlich niedriger angesetzt als in der Alt-BRD (höhere Preise für Strom, Wasser, Abwasser, Müllentsorgung u. a. im Osten) – ist zwischen 1998 und Ende 2003 von 12,1 auf 13,5 Prozent angestiegen. Der Reichtum der zehn Prozent Begüterten ist dagegen um 30 Prozent gewachsen. Auch 2004 erzielten die Banken und Großkonzerne Rekordgewinne im Gefolge der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Schröder/Fischer. Die Kehrseite bildet die Rekordzahl an Arbeitslosen in Deutschland.

Was geschieht nun?

Es wird nichts weiter abgelassen als heiße Luft, um dann wieder zur Tagesordnung überzugehen. Was wird dem gewöhnlichen Volk geboten? Reality Shows im

Fernsehen. Da tritt der Herr Calmud aus Big Boss auf und sagt, schlau daherreden reiche nicht, man müsse auch bereit sein, Dreck zu fressen, wenn man nach oben kommen und kein Verlierer sein will. Da setzt Pro Sieben knallhart den Schönheits- und Fitnesswahn ins Bild. Im Big Brother werden die Containerbewohner in drei Teams aufgeteilt: Die einen bekommen Luxus pur, dann gibt es die Normalen und zuletzt die ganz unten, die am Existenzminimum unter freiem Himmel mit Plumpsklo vegetieren. Eine Kandidatin musste einem Schwein ein Stück Fleischwurst mit dem Mund reichen und einen Schlüsselbund aus einem Misthaufen hervorholen. Hier wird Dreck gefressen – alles vor laufender

Kamera. Diese Dreiteilung im RTL-II-Container widerspiegelt wirklichkeitsnah die Dreiteilung der bundesdeutschen Gesellschaft.

An den modernen Gladiatorenkämpfen im Fernsehen, die eine zunehmende Zahl von Menschen, die in prekären Verhältnissen – beispielsweise unter den Bedingungen von Hartz IV – leben, von ihren Problemen ablenken, vom Nachdenken über Ursachen und Schuldige ihrer Misere, beteiligt sich neuerdings leider auch – in abgeschwächter Form – das öffentlich-rechtliche Fernsehen mit Sendungen über deutsche Familien im eisigen Sibirien oder im tiefen Mittelalter.

Welche „Werte“ sollen auf diese Weise, namentlich den jungen Zuschauern, vermittelt werden? Ignoranz, Gier, Verschlagenheit und Maßlosigkeit – vier Kardinaltugenden des Raubtierkapitalismus! **WINFRIED STEFFEN, Wetterzeube**

## GEFUNDEN

**Unsere Leserin LORE WELZ fand beim Aufräumen einen Ausschnitt einer Wochenpost vom Oktober 1990. Dieter Kerschek „leistete“ sich seinerzeit aus Anlass eines unruhigen Geburtstages ein bisschen Schiller und erntete eine Entdeckung, „quasi eine enthüllungsreife Frucht vom Baum der Erkenntnis“. In seiner Rubrik Fußnote ließ er unter der Überschrift Schiller aktuell seine Leser teilhaben. Und wir nun unsere, weil Schiller in seinem 200. Todesjahr mehr denn je aktuell ist:**

... Denn – es waren nicht die Werbe-Spezialisten einer Parteiung, wie ich bisher annahm, und es war auch nicht „das Volk“, es war kein geringerer als Schiller, der uns den beliebtesten Slogan der vergangenen Saison beschert hat. Anfang Oktober 1804

erschien eines der populärsten der Schillerschen Dramen – *Durch diese hohle Gasse muß er kommen & Siehst du den Hut dort auf der Stange?* – das Schauspiel *Wilhelm Tell*. Und im Tell, da steht's: „Wir sind ein Volk“. Nur, daß bei Schiller dann noch ein Komma kommt und der Satz weitergeht:

## Volkes Stimme wägen und nicht zählen ...

„und einig wollen wir handeln“. (Doch diesen zweiten Teil kann man ja, und das ist mittlerweile völlig einleuchtend, getrost vernachlässigen.)

Schiller, so will mir scheinen, wußte schon damals, was für ein Volk wir sind. In seinem unvollendet gebliebenen Geschichtsdrama *Demetrius oder die Bluthochzeit* zu

*Moskau* läßt er den Fürsten Sapieha etwas aussprechen, was mir an nebligen Tagen des Jahres 1990 so ähnlich durch den Sinn ging: „Was ist die Mehrheit? Mehrheit ist der Unsinn, Verstand ist stets bei wen'gen nur gewesen./Bekümmert sich ums Ganze, wer nichts hat?/Hat der Bettler eine Freiheit, eine Wahl?/Er muß dem Mächtigen, der ihn bezahlt,/Um Brot und Stiefel seine Stimm' verkaufen./Man soll die Stimmen wägen und nicht zählen;/Der Staat muß untergehn, früh oder spät,/Wo Mehrheit siegt und Unverstand entscheidet.“

Gut, das ist heute wahrscheinlich nicht mehr mehrheitsfähig, aber immer noch bedenkenswert. „Man soll die Stimmen wägen und nicht zählen.“

Ja, mein Schiller, „Wär der Gedank' nicht so verwünscht gescheit,/Man wär versucht, ihn herzlich dumm zu nennen.“ Für mich, wie schon gesagt, oder zumindest angedeutet, ist diese Versuchung nicht sehr groß. Im Gegenteil.

**Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.**

☎: 0341-9608531, Fax: 0341-2125877

**VERANSTALTUNGEN****Dienstag, 29. März, 18 Uhr, Leipzig****PHILOKLES.** Henning Tegtmeier stellt die gleichnamige „Zeitschrift für populäre Philosophie“ und das Programm von „Ethos e. V. Verein für Ethik und Philosophie“ vor. Moderation: Prof. Dr. Helmut Seidel Harkortstr. 10**Mittwoch, 30. März, 18.30 Uhr, Leipzig**Vortrag und Diskussion: **Soziale Gerechtigkeit – möglich und nötig. Was wir von anderen lernen können** \*\*\* Mit Dr. Cornelia Heintze, Leipzig

Klub Gshelka, An der Kotsche 51

**Mittwoch, 30. März, 19 Uhr, Dresden****Klassiker unter Klassikern: editionsphilologische Grundlagen, Struktur und Bearbeitungsstand der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA).** Mit Prof. Dr. Manfred Neuhaus, Leiter der Berliner Arbeitsgruppe der Marx-Engels-Gesamtausgabe, Berlin „WIR AG“, Martin-Luther-Str. 21**Sonnabend, 2. April, 10 Uhr, Leipzig**

Mitgliederversammlung

Ratskeller, Lotterstr. 1

**Sonnabend, 2. April, 9 Uhr, Görlitz**Kolloquium **Historische und aktuelle Fragen zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus.** Mit Prof. Dr. Karl-Heinz Gräfe, Freital. In Kooperation mit dem Regionalverband Oberlausitz der PDS Gewerbecenter, Girbigsdorfer Str. 17**Mittwoch, 6. April, Leipzig**Buchvorstellung und Diskussion **Seiten und Zeiten des Auf- und Umbruchs einer Stadt. Ein Zeitzuge lüftet seine Notizbücher. Leipzig 1945 bis 1989.** Mit dem Autor Hubert Schnabel, Taucha Harkortstr. 10**Donnerstag, 7. April, 19 Uhr, Dresden**Vortrag und Diskussion **Die Israelfeindschaft der Linken – Antisemitismus von links.** Mit Dr. Thomas Haury, Historiker, Freiburg Gedenkstätte Münchner Platz, Vortragsraum, Georg-Bähr-Str. 7**Freitag, 8. April, 16 Uhr, Löbau**Vortrag und Diskussion **Die Partei der Europäischen Linken – Stand und Probleme.** Mit Dr. Helmut Etinger, Mitarbeiter des Bereichs Internationale Verbindungen beim Bundesvorstand der PDS Versammlungsraum „Lausitzer Granit“, Äußere Zittauer Str.

\*\*\* Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.

Die Veranstaltungen sind für jedermann offen

**Der Antifaschist Erich Zeigner und die Gegenwart**

Aus Anlass des 60. Jahrestages der Befreiung Deutschlands von der Naziherrschaft lädt der Verein Erich Zeigner Haus e.V. in Zusammenarbeit mit dem Bund der Antifaschisten Leipzig e. V., und dem Friedenszentrum Leipzig e. V. zum **Gespräch am Freitag, 8. April, 19 Uhr**, in das **Erich Zeigner Haus**, Zschochersche Str. 21 (gegenüber Felsenkeller), herzlich ein. Zur herausragenden Rolle Zeigners als SPD Ministerpräsident Sachsens 1923 und auch später als mutiger Kämpfer für ein Antinazi Bündnis sowie als erster antifaschistischer OBM in Leipzig (1945–49) spricht einleitend Dr. Manfred Hötzel, Mitglied des Zeigner Vereins. Die Diskussion zur Gegenwart soll sich insbesondere Fragen der politischen Kultur für eine offensive Abwehr des Rechtsextremismus in Leipzig zuwenden.

**Die LVA informiert****Rentenansprüche sichern**

Wer kein ALG II erhält, kann trotzdem Rentenansprüche erwerben. Unter bestimmten Voraussetzungen ist es möglich, dass durch Zeiten der Arbeitslosigkeit bisherige Rentenansprüche erhalten bleiben bzw. solche entstehen. Dafür ist es allerdings erforderlich, sich nach Erhalt des Ablehnungsbescheids umgehend bei seinem Rentenversicherungsträger zu melden.

**Theatrium**

Leipzig, Miltitzer Allee 52

**5. 4., 10 und 20 Uhr, 6. 4., 10 Uhr,** UT Connewitz: **Kleine Engel** – ab 12 Jahre**8. und 9. 4., 20 Uhr: Ein wunderbarer Sonnenuntergang.** Jugendtheaterprojekt – ab 14 Jahre**SZM**Stadtteilzentrum **Messemagistrale**  
Straße des 18. Oktober 10a**7. 4., 17.30 Uhr,** Bürgerstammtisch: **Wie geht es weiter mit City-Tunnel und Straßenbau in der Straße des 18. Oktober?**
**Einladung zur Mitgliederversammlung der GBM e. V. Ortsverband Leipzig**

Das Mitglied des Sächsischen Landtages, Dr. Dietmar Pellmann, erinnert an den 60. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus und spricht zur sozialen Lage in Sachsen und der Stadt Leipzig unter den Wirkungen von Hartz IV.

**Termin: Freitag, den 4. April 2005, 10 Uhr**
**Ort: Haus der Gewerkschaften, Karl-Liebknecht-Str. 30, Versammlungsraum der Gewerkschaft ver.di.**
**BUCHHANDLUNG RIJAP**

GbR

**Literatur für SIE****Im April neu bei uns:**Hermann Kant: Kino, Roman  
Aufbau-Verlag, 17,90 EuroLothar Bisky: So viele Träume. Mein Leben  
Rowohlt Berlin, 19,90 EuroPeter Ensikat: Das Schönste am Gedächtnis sind die Lücken  
Blessing, 19 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet

☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71

www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

**Filiale Axispassage**

04159 Georg-Schumann-Str. 171

**Filiale Eutritzscher Zentrum**

04129 Wittenberger Str. 83

**Filiale Büchermarkt Mockau Center**

04357 Mockauer Str. 123



Unseren Gästen, Mitarbeitern, Mitgliedern und Freunden wünschen wir ein frohes Osterfest, Gesundheit und ein Wiedersehen in "Heideruh"

Vorstand und Mitarbeiter von "Heideruh"

Im April, Mai und Anfang Juni sind noch Zimmer frei.

Anmeldungen nimmt entgegen das Wohn- und Ferienheim

Heideruh e.V., Ahornweg 45, 21244 Buchholz i. d. N.

Tel.: 04181/8726, Fax: 04181/28114, e-Mail: <http://heideruh.de>

Von der Vorbereitungsgruppe Ostermarsch des Landes Sachsen-Anhalt wurde der nachfolgende Aufruf veröffentlicht, den wir leicht gekürzt wiedergeben.

I. Vor 60 Jahren wurden die Menschen Europas vom Krieg, vom Rassenwahn und von den Weltherrschaftsplänen des deutschen Faschismus befreit. Beendet wurden der industrielle Massenmord an Menschen jüdischer Herkunft, die Ausrottung der Sinti und Roma und von Menschen anderer Völker in den besetzten Gebieten, die Vernichtung von politischen und weltanschaulichen Gegnern, von Menschen mit Behinderungen, von Homosexuellen.

Das deutsche Volk hat sich nicht selbst befreit. Es wurde von außen befreit durch den Kampf und Sieg der Anti-Hitler-Koalition. Dazu leistete die Sowjetunion einen sehr großen Beitrag.

Heute wie gestern leugnen völkisch-nationale Strömungen die Befreiung. Sie und andere verdrehen die Geschichte! Den Schwur von Buchenwald zu erneuern, sind wir verpflichtet!

II. Am 6. August 2005 jährt sich der Atombombenabwurf auf Hiroshima. Gemeinsam mit den internationalen Bürgermeistern für den Frieden - angeführt von

"Nie wieder Faschismus - nie wieder Krieg!" Besser leben ohne Militär

Bürgermeister von Hiroshima Tadatoshi Akiba, mit Nichtregierungsorganisationen ... wurde eine weltweite Abrüstungskampagne gegen Atomwaffen gestartet; allein in Deutschland haben die USA 150 Atomwaffen stationiert ...

III. Umweltkatastrophen, von Menschen verursachte ökologische Schäden, Raubbau an den Naturschätzen dieser Erde ... bedrohen die Sicherheit der Menschen ... Angesichts dessen ist es ein Skandal, dass im vergangenen Jahr die weltweiten Rüstungsausgaben mehr als 879 Milliarden US-Dollar betragen, während nicht einmal ein Zehntel des Betrages (68 Mrd.) für Entwicklungshilfe ausgegeben wurde.

Weltweit verschaffen sich große transnationale Unternehmen Vorteile über Handels- und Dienstleistungsvereinbarungen ... Das bedeutet auch in Deutschland eine Verteuerung der Lebenshaltungskosten ... und zunehmende Arbeitslosigkeit.

"Ya basta! Es reicht! Wir wollen Teil einer globalen Solidarität für Gerechtigkeit ... und Bewahrung der Erde sein!"

IV. Der ... vorliegende Entwurf der EU-

Verfassung setzt einzigartige Schritte in Richtung der Militarisierung Europas. Die ... Aufrüstungsverpflichtung für die EU-Mitgliedstaaten ... die Selbstmandatierung zu weltweiten Militäreinsätzen, eine militärische Beistandsverpflichtung beim ... "Antiterrorkampf". Eine europäische Verfassung soll sich zur friedlichen Konfliktlösung bekennen ... Europäische Politik muss Friedenspolitik sein ...

V. ... in der Colbitz-Letzlinger Heide befindet sich seit 1997 das Gefechtsübungszenrum Heer, das modernste seiner Art in Europa. Auf einem Areal von ca. 220 km<sup>2</sup> üben hunderte Soldaten ... an 252 Tagen vorwiegend für Auslandseinsätze...

VI. Verteidigungsminister Struck gab 2004 den Systemwechsel in der Militärpolitik bekannt, weg von der Landesverteidigung hin zu Auslandseinsätzen: "Mögliches Einsatzgebiet der Bundeswehr ist die ganze Welt".

Gleichzeitig vollzieht sich auch ein Systemwechsel in der Sozialpolitik: Studiengebühren, Hartz IV, Rente, Gesundheitspolitik u.a.. Die Auflösung des Soli-

darprinzips spiegelt sich wider in der Aufhebung der paritätischen Finanzierung für die sozialen Sicherungssysteme, der Reduktion der Lebensstandardsicherung, dem Abbau sozialer Bürgerrechte u.a.m. Es ist eine Illusion zu glauben, dass die politischen Eliten mächtiger Staaten von selbst den Krieg abschaffen, auf atomare Rüstung verzichten oder den Sozialabbau beenden. Friedenspolitik muss von unten ausgehen. Eine friedliche Welt ist nötig!

**Ostermarsch Leipzig**

Die dreitägige Fahrradtour der Leipziger Ostermarschteilnehmer steht im Zeichen des 60. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus. Sie führt in diesem Jahr von Leipzig über Zeitz (u. a. Besuch des ehemaligen KZ-Außenlagers in Rehmsdorf), Weißfels (Abendprogramm mit einem Zeitzeugen des Lagers Rehmsdorf), Merseburg (kleine Kundgebung), zurück nach Leipzig. Der Start erfolgt am 25. März, 9.30 Uhr, nach Verabschiedung durch Mitglieder des Bundes der Antifaschisten an der Moritzbastei. Die Ankunft in Leipzig ist für den 27. März, 13 Uhr, vorgesehen; rechtzeitig vor Beginn (14 Uhr) des Friedensfestes von PDS Leipzig und IG-Metall Leipzig

**Ostermarsch 2005**

Die Art und Weise, wie die PISA-Studien der Öffentlichkeit präsentiert und diskutiert werden, beweist einmal mehr das erschreckende Ausmaß des Pessimismus, um nicht zu sagen: des Defätismus, der sich unserer Kultur- und Bildungsnation bemächtigt hat. Man muss kein Prophet sein, um nächste und übernächste Katastrophenmeldungen vorherzusagen. Tenor: der schiefe Turm von PISA steht in Europas Mitte, und sein Einsturz ist nur eine Frage der Zeit. Es mag durchaus sein, daß an deutschen Schulen nicht alles im Lot ist, aber gerade deshalb sollten wir uns vor Zorn und Eifer hüten. Schön ist ein Apfelbaum, wenn er in voller Blüte steht. Aber der Lohn des Gärtners sind nicht die Blüten, sondern die Äpfel, die er trägt. Verhält es sich nicht mit Wissen und Bildung ganz ähnlich?

Bekanntlich lernt der Mensch nicht für die Schule, sondern fürs Leben, und deshalb kann nur letzteres der Gradmesser für Erfolg oder Nichterfolg in Sachen Wissen, Bildung und Qualifikation sein. Betrachten wir unter diesem Aspekt die tatsächliche Situation in den Ostprovinzen des deutschen Vaterlandes, so bietet sich uns ein gänzlich anderes Bild als von den PISA-Pessimisten heraufbeschworen. Hier ist seit eineinhalb Jahrzehnten, von den Medien und der Öffentlichkeit kaum reflektiert, eine weltweit beispiellose Bildungs- und Qualifikationsoffensive im Gange. So gibt es nachweislich auf dem Erdenrund keinen

Reinhard Lochner

## Warum?

Landstrich, in dem der Anteil von Akademikern unter den Bratwurst-, Eintopf- und sonstigen Imbissständern höher ist als zwischen Rügen und Erzgebirge. Nirgendwo außerhalb Ostdeutschlands haben Studenten die Möglichkeit, sich zwecks Betreuung ihrer Diplom-, Magister- oder Doktorarbeiten vertrauensvoll an ihren Versicherungs- oder Finanzdienstleistungsexperten zu wenden, sind in dieser Branche doch mehr promovierte Mitarbeiter beschäftigt als an Universitäten und Hochschulen. Überhaupt zeichnet sich im Außendienst aller Unternehmen ein genereller Trend zum Verkäufer mit Hochschulabschluss ab. Im Dienstleistungsbereich treiben nur noch vereinzelte ungelernete Hilfskräfte ihr Unwesen, stattdessen konkurrieren hochqualifizierte Facharbeiter, diplomierte und promovierte Kader um einen Arbeitsplatz in der Müllabfuhr, in der Gebäudereinigung oder im Portiernachtdienst. Ob in Wach- und Schließgesellschaften, Partnernervermittlungen, Bestatigungsunternehmen, Pflegediensten oder als Zeitungs- und Prospektverteiler, Ernährungs-, Stil- und Tupperware-Berater: Überall treffen wir Menschen an, die nicht nur über eine grundsätzliche Berufsausbildung und langjäh-

rige Erfahrung verfügen, sondern auch über die absolute Bereitschaft, ihre Qualifikation dem hohen Werk des Aufbaus Ost unterzuordnen. Und vergessen wir die wichtigste, die größte Gruppe nicht, die Zeugniss für den dynamischen Umbruch des ostdeutschen Arbeitsmarkt ablegt: die Arbeitslosen. Im internationalen Vergleich sind ostdeutsche Arbeitslose ihren Kollegen in puncto Aus- und Weiterbildung um Längen voraus. Das erfüllt uns mit Stolz und Zuversicht, denn nicht von ungefähr heißt es: „Der Reichtum einer Nation besteht im Bildungsstand seiner Arbeitslosen!“ Diese beeindruckenden Fakten, die wir hier nur in groben Zügen umreißen können, spiegeln das wahre Leben wider. Sie beweisen unzweifelhaft, dass die Akteure dieser grandiosen Erfolgsbilanz sich irgendwann auch eine gute Schulbildung angeeignet haben müssen.

Angesichts dessen fragt man sich: Warum wird in Deutschland eigentlich immer nur über Missstände lamentiert? Warum lassen sich Politik, Wirtschaft und Medien auf solch einseitige Sicht der Dinge ein? Warum findet keiner den Mut, auch einmal über unsere Erfolge zu reden?

## Abschied vom „Kapitän“ und „unserem Mann“

Nein, Wanderer bummeln nicht nur durch die Wälder. Als ich dieser Tage im Norden Berlins einen Friedhof aufsuchte, um wieder einmal einen Blick auf das Grab Carl von Ossietzkys zu werfen, den die Faschisten mit seiner Tbc ins Krankenhaus Nordend gesperrt hatten und dann auf dem kleinen Friedhof am Herthaplatz begraben ließen, nachdem sie ihm verboten hatten, 1935 seinen Friedens-Nobelpreis in Oslo entgegenzunehmen, begegnete mir vor der kleinen Backstein-Trauerhalle eine stattliche Schar berühmter Schauspieler. Ich sah Inge Keller und Eberhard Esche und manchen anderen. Sie trugen Horst Drinda zu Grabe und was dort in jener Stunde gesagt wurde, gab mir nicht nur zu denken, sondern schien mir auch des Weitererzählens wert. Man hob in Nachrufen hervor, dass er nach 1990 nur noch selten zu sehen war. Einer der Gründe war, dass für den leidenschaftlichen Schauspieler die Wahrheitsliebe weit vor Gagen und Bühnentrubel rangierte, was er einmal so erklärte: „Ich möchte nicht, dass mir Menschen auf der Straße die Frage stellen: Sagen Sie, Horst Drinda, spielen Sie jetzt alles, was man Ihnen offeriert?“ Wann immer er ein Angebot bekam – und das waren auch nach 1990 sehr viele – fragte er als erstes nach dem Rollentext. Das irritierte zuweilen das neu entstandene Umfeld,

denn solche Fragen stellte man allenfalls, wenn ein Vertrag winkte. Er hatte auch den Memoirenflutmarkt der letzten Jahre gemieden. Nur für seine Kinder schrieb er Erinnerungen auf, in denen er nur in der dritten Person als „unser Mann“ erscheint. Dass er zu den Menschenpflichten auch die Solidarität rechnete, offenbarte die Freundschaft mit „Kola“, der

### Wanderungen durch Neufünfland

tatsächlich Dr. Kolagpodi hieß, Nigerianer war und an der DDR-Gewerkschaftshochschule in Bernau studiert hatte. Irgendwo begegneten sich die beiden und blieben bis ans Lebensende Freunde. Der Nigerianer wollte in seiner Heimat ein kleines Stück neue Gesellschaft entstehen lassen und überredete Küstentfischer, eine Genossenschaft zu gründen. Das Vorhaben scheiterte wie andere. In seinen Erinnerungen schrieb Horst Drinda: „Immer, wenn unseren Mann der Mut verließ, wenn er manchmal an den verknöcherten Strukturen seines europäischen Heimatlandes verzweifeln wollte, versuchte er an den Optimismus seines Freundes in Nigeria zu denken, der seine Vision von einem freien Afrika nicht aufgab und dafür gelebt hat. Das half.“

Aus den Erinnerungen, die er leider nur einem so denkbar kleinen Kreis hinterließ, konnte man auch viel über seine Gedanken erfahren. So zum Beispiel: „Der Springer-Film griff mit seiner Aussage in das aktuelle Zeitgeschehen ein und erfüllte eine Aufgabe, die für die darstellende Kunst zum zentralen Anliegen gehören sollte, sich nämlich mit ihren Mitteln in das Leben einzumischen. Heute muss man leider feststellen, dass die darstellende Kunst mehr und mehr zur reinen und oft sehr flachen Unterhaltung verkommt.“

Dass er sich seinen Traum, den Lebensabend an einem Seeufer zu verbringen, nicht erfüllen konnte, betrübt ihn tief. Ein an Raffgier reicher und an Charakter armer „Altbesitzer“ wie sie die Wende zu Zehntausenden bescherte, trieb ihn in Anwaltskanzleien und vor Gerichte. Er wehrte sich gegen die absurdesten Beschuldigungen, bis er des nervenden Streits müde war und die Schlüssel des von ihm geschaffenen Domizils abgab. Der Abschied vom Schauspieler, der viele Kapitel DDR-Kulturgeschichte geschrieben hatte, fiel auch mir schwer. Nachdenklich verließ ich den Friedhof, ein wenig froh darüber, dass er dort an Ossietzkys Seite seine letzte Ruhe gefunden hat. Auch solche Gedanken kommen Wanderern.

• KLAUS HUHN

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt  
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

## FUNDSACHEN

Wir wollen mit unseren Krankenhäusern global players werden.

Die bayerische Gesundheitsministerin, Bayer. Fernsehen 24. 2.

Die Deutschen haben kein Vertrauen mehr. Die Mainzer Bürger mussten ihre Autos wegfahren, weil der Bush kommt. Was man dem Mann inzwischen so alles zutraut.

Der deutsche Fußballbund erklärt, er will alle kriminellen, Elemente entfernen.

Aber wo soll denn der Mayer-Vorfelder hin? Beides WDR 26. 2.

In Tokio gibt es jetzt eine Altpapierpolizei. Sie jagt die „illegalen“ Altpapiersammler, die nachts auf Tour sind. Für manche Arbeitslose ist das ihre einzige Einnahmequelle. Die Stadtverwaltung behauptet, das Papier aus privaten Haushalten gehört der städtischen Müllabfuhr.

ARD 27. 2.

Manche sagen, die Herrschaft in Saudi-Arabien ist so etwas wie die Taliban plus Erdöl.

beides DLF 18. 2.

Das Diamant Fahrradwerk in Hartmannsdorf (Sachsen) befindet sich in amerikanischer Hand. 70 Prozent aller zu montierenden Teile kommen aus China, Taiwan und anderen Ländern.

Für „deutsche“ Marmelade kommt oft der Farbstoff aus Irland, der Zucker aus Indonesien und die Früchte aus Polen. Beides DLF 3. 3.

Die neuen Bundesländer brauchen mehr christliche Mission. Auch Schulgebete könnten dabei helfen.

CSU-Generalsekretär Söder, zitiert in ARD 3. 3.

Der Papst reist, küßt, versöhnt. Sein Großinquisitor Kardinal Ratzinger straft.

ARD 3. 3.

In Wurzen wurde die völkische Landschaftspflege völlig abgeschlossen. Dort gibt es jetzt keinen einzigen Italiener, kein Chinarestaurant und keine Dönerbude mehr ...

Ute Bamberg in Eulenspiegel 3/05

GEFUNDEN VON MANFRED ERBE



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V.,  
V.i.S.P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,  
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345  
E-Mail: leipzigs\_neue@t-online.de  
Internet: www.leipzigs-neue.de  
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung:  
Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice,  
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig. Tel./Fax :  
0341 / 21 32 345

Anzeigen, Werbung:  
BERGdigital, Hans-Jürgen Berg,  
Oststraße 39, 04420 Markranstädt.  
Tel.: 034205/18 010, Fax: 034205/18 062  
E-Mail: bergpr@web.de

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:  
21. März

Die nächste Ausgabe erscheint am  
8. April